
Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung



Reformpartnerschaft mit Afrika

Dokumentation zur Internationalen Konferenz
der GKKE vor dem G8-Gipfel 2007

Schriftenreihe der
Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Heft 43

In der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) arbeiten der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und die Deutsche Kommission Justitia et Pax (katholisch) zusammen. Zu ihren Aufgaben gehören die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen und der Dialog mit Politik und gesellschaftlichen Organisationen zu den Fragen der Nord-Süd-Politik.

Reformpartnerschaft mit Afrika

Dokumentation zur Internationalen Konferenz der GKKE
vor dem G8-Gipfel 2007

Redaktion: Gertrud Casel / Dr. Jürgen Hambrink / Dr. Wolfgang Heinrich

Schriftenreihe der GKKE 43

ISBN 978-3-940137-06-7 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Bonn/Berlin, 1. Auflage November 2007

Bezug:

GKKE, Evangelische Geschäftsstelle

Charlottenstraße 53/54, 10177 Berlin

Tel.: 030 - 20355-307 / FAX: -250

E-mail: J.Hambrink@GKKE.org

Internet: www.GKKE.org

GKKE, Katholische Geschäftsstelle

Kaiserstr. 161, 53113 Bonn

Tel.: 0228 - 103-217 / FAX: -318

E-Mail: Justitia-et-Pax@dbk.de

Internet: www.Justitia-et-Pax.de

Inhalt

0	Vorwort	5
1.	Reformpartnerschaft mit Afrika	9
1.1	Zentrale Aussagen des Panels	9
1.2	Redebeiträge	14
	Paul Bemile: Schlechte Regierungsführung muss überwunden werden	14
	Oliver Kisaka Simiyu: Zivilgesellschaft ist zentral für den Wandel	18
	Heidemarie Wieczorek-Zeul: Von der Globalisierung der Märkte zur Globalisierung der Solidarität	22
	Wolfgang Huber: Es geht in Afrika vorrangig um die Option für die Armen	27
	Ludwig Schick: Die Probleme in Afrika sind groß, aber lösbar	31
2.	Sicherheit und Konfliktregulierung	35
2.1	Zentrale Aussagen des Panels	35
2.2	Redebeiträge	38
	Oliver Kisaka Simiyu: Der Beitrag der Kirchen zur Konfliktbearbeitung in Kenia	38
	Bernhard Moltmann: Niemand kann den Frieden für andere machen	43
	Charles Orlianges: Zivile und militärische Akteure zwischen Distanz und Kooperation	47
	Christian Ruck: Krisenprävention statt Krisenmanagement	54
3.	Von Heiligendamm nach Lissabon – Stationen eines Weges in 2007	59

0 Vorwort

Mit dem Jahr 2007 haben sich für die deutsche Entwicklungspolitik besondere Wirkungschancen verbunden. Es ist zunächst der Vorsitz in der Gruppe der G8-Länder, der Deutschland die Rolle des Gastgebers für den G8-Gipfel zufallen ließ. Köln hatte 1999 beim letzten G8-Gipfel in Deutschland einen Durchbruch in der Verschuldungsfrage erreicht; nicht zuletzt deshalb waren die Erwartungen an den neuerlichen deutschen Vorsitz hoch gespannt. In der Historie der G8-Gipfel war zudem das Treffen 2005 im schottischen Gleneagles in guter Erinnerung, bei dem weitreichende Beschlüsse zur Hilfe für Afrika gefasst worden waren. Heiligendamm in dieser Folge einen sichtbaren Rang zu verleihen, musste der Bundesregierung ein Ansporn sein. Hinzu kam, dass Deutschland in den ersten sechs Monaten des Jahres auch die Präsidentschaft im Europäischen Rat innehatte und damit gehalten war, neue Weichenstellungen in der europäischen Politik, nicht zuletzt auch im Entwicklungsbereich, herbeizuführen.

Zahlreiche Initiativen von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen knüpften an diese doppelte Führungsrolle Deutschlands an; es entfaltete sich eine breite Debatte über aktuelle Fragen der Nord-Süd-Beziehungen. In der Reihe dieser Aktivitäten steht auch die Internationale Konferenz „Reformpartnerschaft mit Afrika“, die die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) im April 2007 durchführte. Kooperationspartner war der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), der den Themenschwerpunkt Sicherheitspartnerschaft als seinen Beitrag im Rahmen des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft mitgestaltete.

Die Konferenz verfolgte das Ziel, Afrikas Reformprozessen einen gebührenden Platz auf der Agenda des G8-Gipfels in Heiligendamm zu verschaffen. Es ging nicht darum, dass sich der Gipfel überhaupt mit Afrika befassen sollte – dafür sorgt schließlich seit 2003 das Africa Partnership Forum, das die Initiative der „New Partnership for Africa`s Development (NEPAD)“ mit dem G8-Afrika-Aktionsplan zusammenführt und – über die Persönlichen G8-Afrika-Beauftragten – alle zwei Jahre dem Gipfel über den Stand der Zusammenarbeit berichtet.

Vielmehr war die GKKE gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern ausdrücklich daran interessiert, dass Heiligendamm über die reguläre Befassung hinaus zu einem „Afrika-Gipfel“ werden sollte, der in der Kontinuität bisheriger Zusagen und Verpflichtungen steht. Kein neues, womöglich konkurrierendes Programm, wie es irritierenderweise eine Zeit lang der britische G8-Vorsitz 2005 mit der Commission for Africa zu lancieren versucht hatte, sondern die klare Ausrichtung auf Afrikas Reformprozesse mit den von afrikanischer Seite gesetzten Prioritäten sollte den Gang der Beratungen bestimmen.

Ausgangspunkt für das Einfordern einer eigenen Verantwortung ist die von afrikanischen Staats- und Regierungschefs auf den Weg gebrachte NEPAD-Initiative. Die afrikanischen Länder unterstreichen damit die Notwendigkeit von politischen Reformen und setzen auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung als zentrale Faktoren ihrer Politik. Die GKKE hat in Übereinstimmung mit einer Reihe afrikanischer Kirchen schon den G8-Gipfel 2002 in Kananakis zum Anlass genommen, nachdrücklich auf das Potential von NEPAD für die künftige Entwicklung Afrikas aufmerksam zu machen, erinnerte Prälat Dr. Karl Jüsten, katholischer Vorsitzender der GKKE, in seinem Eröffnungstatement. In ihrer Stellungnahme „Afrika in der Weltgemeinschaft“ würdigte die GKKE vor allem den Mechanismus der „Peer Reviews“, der eine gegenseitige Überprüfung der Einhaltung der in NEPAD niedergelegten Prinzipien vorsieht und dabei auch den Zivilgesellschaften der jeweiligen Staaten neue Räume politischer Mitwirkung eröffnet. Als weitere Bereiche, an denen sich NEPAD zu bewähren habe, nennt die GKKE eine innerafrikanische Politik, die partizipatorische Elemente betont und zivilgesellschaftliches Engagement fördert, sowie deutliche Fortschritte in der Krisen- und Konfliktprävention, ohne die keine dauerhafte Entwicklung möglich ist.

In Heiligendamm musste es aus Sicht der GKKE vor allem darum gehen, bisherige Erträge des NEPAD-Prozesses zur Kenntnis zu nehmen und zu überprüfen, inwieweit die in Kananakis mit dem G8-Afrika-Aktionsplan gemachten Zusagen eingehalten werden.

Er verspricht den reformorientierten Staaten Afrikas eine „enhanced partnership“, ohne dass diese Vorgabe bislang mit Leben erfüllt worden wäre. Auch die weitreichenden Zusagen von Gleneagles gehörten auf dem

Prüfstand, wobei es neben der Frage nach dem Einhalten der Versprechen um das Identifizieren notwendiger nächster Schritte gehen musste, nicht zuletzt, um die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sicherzustellen. Dass es dabei an der Zeit ist, über einzelne Hilfszusagen hinaus zu systemischen Formen der Zusammenarbeit zu kommen, liegt nur zu nahe, wenn man etwa an den Gesundheitsbereich denkt. Klare Aussagen wurden auch zur Gestaltung der Sicherheitspartnerschaft erwartet, bei der es den Kirchen und kirchlichen Werken vor allem um die Stärkung der zivilen Potentiale zur Krisenprävention und Konfliktlösung geht.

Die Konferenz bestätigte in eindrucklicher Weise die Tragfähigkeit der NEPAD-Initiative mit ihrem Kernstück der „Peer Reviews“ für eine neue politische Praxis in den Ländern Afrikas. Dass die sich daraus ergebenden Anfragen an Heiligendamm im Hinblick auf eine vertiefte Partnerschaft dort nur teilweise Antworten fanden, wird beim Rückblick auf den Gipfel nur zu deutlich. Das sollte jedoch vor allem Anlass sein, nach weiteren Gelegenheiten Ausschau zu halten, um die intendierte Partnerschaft voran zu bringen. Dazu bietet das Africa Partnership Forum gute Chancen, zumal es sich im Vorfeld von Heiligendamm erstmals für eine breite Partizipation von Nichtregierungsorganisationen geöffnet hat.

Darüber hinaus ist es der von der portugiesischen EU-Präsidentschaft für Ende 2007 in Lissabon angestrebte EU-Afrika-Gipfel, mit dem sich weitere Chancen einer auch qualitativ neuen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika verbinden. Zur Diskussion steht dabei vor allem die Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheit, die – prominenter noch als im G8-Afrika-Aktionsplan – in der EU-Afrika-Strategie weit oben rangiert. Insofern führt der Weg von Heiligendamm nach Lissabon. Nicht zuletzt im Hinblick auf die notwendigerweise weitergehenden Diskussionen legt die GKKE mit dieser Broschüre Beiträge und Ergebnisse ihrer Konferenz zur Reformpartnerschaft mit Afrika nunmehr einem breiteren Publikum vor.

Berlin/Bonn, im November 2007

1. Reformpartnerschaft mit Afrika

1.1 Zentrale Aussagen des Panels

Klare Parteinahme zugunsten einer afrikanischen Reformpolitik und deren Stärkung beim G8-Gipfel war das erklärte Ziel dieser Gesprächsrunde. Neben Bischof Paul Bemile von der Katholischen Diözese von Wa (Ghana) und Reverend Oliver Kisaka Simiyu, stellvertretender Generalsekretär des National Council of the Churches of Kenya, beteiligten sich die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Dr. Wolfgang Huber, sowie der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick. Die Diskussion moderierte die Leiterin der Programme für Afrika/Nahost der Deutschen Welle, Ute Schaeffer.

"In weiten Teilen Afrikas hat ein Prozess der Reformen eingesetzt, und ich bin überzeugt, dass wir gut beraten sind, die Kräfte des Wandels in Afrika zu unterstützen. Dass dies geschieht, ist unsere Erwartung an den G8-Gipfel in Heiligendamm", betonte einleitend der Evangelische Vorsitzende der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, Prälat Dr. Stephan Reimers, und fuhr fort: „Die Kirchen in Deutschland haben aus ihrer langjährigen Partnerschaft mit den Kirchen Afrikas eine reichhaltige Erfahrung in die Debatte einzubringen. Wer ein vollständiges Bild von der Realität haben will, sollte den Dialog mit den christlichen Kirchen Afrikas frühzeitig suchen und kontinuierlich führen.“

Die Verantwortung und Entschlossenheit der Afrikaner, eigene Lösungen zu entwickeln, um ihren Kontinent auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen, unterstrich Paul Bemile, u.a. Mitglied im ghanaischen Rat für den „African Peer Review Mechanism“ (APRM). Er unterschlug aber nicht die hemmenden Faktoren von Sklaverei und Kolonialismus, von Schuldenlast und unfairen Handelsbedingungen. Seinen Schwerpunkt legte er jedoch auf die hausgemachten Probleme. In deren Zentrum stehe, so unterstrich Paul Bemile, "schlechte, armselige Regierungsführung.“

"Wie kann Afrika diese Probleme überwinden und sich selbst auf den Pfad der Entwicklung bringen?" lautete Paul Bemiles Frage, und seine Antwort war an diesem Punkt sehr klar: "Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) versucht genau das! NEPAD ist eine Vision und ein strategischer Rahmen, der von Afrikanern erdacht wurde, der ihnen gehört und der von ihnen organisiert wird, um die Lebensbedingungen von Afrikanerinnen und Afrikanern zu verbessern." Ghana, so schloss er, sei das erste Land, das den dort vereinbarten Überprüfungsmechanismus durchlaufen habe, und dem es gelungen sei, in einem echten partizipativen Prozess breite Teile der Gesellschaft zu beteiligen.

Angeichts der Ziele, die mit der „Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD) und dem "G8-Afrika-Aktionsplan" verknüpft sind, konnte Paul Bemile in der Umsetzung früherer Beschlüsse nur "begrenzten Fortschritt" feststellen und bilanzierte knapp und bündig: "Mission unerfüllt." Die internationale Staatengemeinschaft zeige das "Syndrom der gebrochenen Versprechen". Alte und neue Zusicherungen müssten tatsächlich umgesetzt werden.

Oliver Kisaka Simiyu rief die Europäer dazu auf, ihre Wahrnehmung zu überdenken: "Afrika ist kein Kontinent voller Menschen, die fest entschlossen sind, sich sinnlos zu zerstören!" Er plädierte dafür zur Kenntnis zu nehmen, dass Afrikaner Diktaturen Widerstand entgegengesetzt hätten und nun auf einem neuen Entwicklungspfad seien. Die NEPAD-Initiative - so schwach sie in europäischen Augen erscheinen möge -, sei eine originär afrikanische Idee und sollte als solche anerkannt werden. In dem erkennbaren Wandel sei die Rolle der Zivilgesellschaft zentral. "Sie hat soziale Dienste dort organisiert, wo Regierungen unfähig dazu waren. Sie hat der Autokratie widerstanden, sie hat in Konflikten vermittelt und sie hat ein Übungsfeld für künftige Führungspersönlichkeiten geboten." Nun hätten die Afrikaner, die in der Vergangenheit immer versucht hatten, sich an die sich ständig verändernden globalen Systeme anzupassen, entschieden: "Lasst uns NEPAD machen! Lasst uns versuchen, eigene Ideen umzusetzen, eigene Erfahrungen zu sammeln, unsere eigene Position zu finden und lasst uns dann mit anderen so in Beziehung treten, dass es gut für uns und die anderen ist."

Mit Spannung wurde erwartet, welche konkreten Ansätze die Bundesregierung auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm verfolgen würde. Heidemarie Wieczorek-Zeul unterstrich die Zielsetzung, den Gipfel zu nutzen, um mit alten Vorurteilen gegenüber Afrika aufzuräumen und zu den versprochenen Zusagen zu stehen. Sie schlug einen Bogen vom Gipfel 1999 in Köln, auf dem der Schuldenerlass beschlossen wurde, bis zum Gipfel in Heiligendamm und stellte der "Globalisierung von Märkten" die "Globalisierung von Solidarität" entgegen. "Die können nur wir gemeinsam gestalten, sowohl die Regierungen der Länder als auch die Menschen in der Zivilgesellschaft, die in die gleiche Richtung gehen wollen. Das Ziel dabei muss immer eine gerechte, eine menschliche, eine soziale, eine ökologisch vernünftige Gestaltung von Globalisierung sein. Eigentlich sind die Millenniums-Entwicklungsziele die acht Regeln einer gerechten Globalisierung."

Die Ministerin stellte sodann die sechs Themenbereiche vor, mit denen sich der Gipfel befassen werde. Dazu zählen die Bekämpfung von HIV/AIDs, die Klimaproblematik, Fragen einer gendergerechten Entwicklung sowie die Gestaltung von Handelsbeziehungen und Investitionen. Zur Stärkung verantwortlicher Regierungsführung betonte sie die Beispielhaftigkeit des "African Peer Review Mechanism" (APRM) in Afrika. Die weitere Kooperation im Bereich von Frieden und Sicherheit stellte sie unter das Ziel, dass „in den Ländern Afrikas nie mehr Krieg stattfindet“. Insgesamt warb Heidemarie Wieczorek-Zeul dafür, die G8-Gipfel nicht isoliert zu betrachten, sondern als Elemente eines Prozesses, der z.B. bei der Entschuldung oder bei der Bekämpfung von HIV/AIDS wichtige Fortschritte erreicht habe.

Bischof Wolfgang Huber unterstrich die zentrale Rolle der afrikanischen Kirchen im alltäglichen Leben zahlloser Menschen. „Es geht auch in Afrika um die vorrangige „Option für die Armen“, die im ökumenischen Gespräch über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu einem Leitmotiv für die gesellschaftliche Verantwortung der Kirchen geworden ist“, stellte Wolfgang Huber heraus. Dabei erstreckte sich der Beitrag der Kirchen "in großem Umfang auf elementare Leistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit". Afrikanische Christen trügen jedoch auch dazu bei, politischen Wandel mitzugestalten. Sie engagierten sich für Gerechtigkeit und Versöhnung im Übergang von diktatorischen Regimen zu demokrati-

schen Ordnungen und wirkten darauf hin, ausgegrenzten Menschen eine breite Teilhabe am Leben der Gemeinschaft zu eröffnen.

Als Erwartung an Heiligendamm benannte Bischof Huber sichtbare Beiträge zum Erreichen des Millenniumsziels der Armutshalbierung. Er plädierte insbesondere für „einen neuen Blick auf die Kooperation im Bereich der Gesundheit“. Hier komme es entscheidend darauf an, die Probleme der Gesundheitsversorgung umfassend zu erkennen und in einem systemischen Ansatz zu überwinden: „Investitionen in Gesundheit sind wirksame Investitionen in soziale und wirtschaftliche Entwicklung.“ Für eine solche Entwicklungspolitik gebe es eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, wie neuere Umfragen deutlich belegen. „Wir sollten die Stunde nutzen, das Bewusstsein von der einen Welt weiter zu befestigen und es den Menschen an konkreten Beispielen nahe bringen“, schloss Bischof Huber.

Erzbischof Ludwig Schick knüpfte in seinem Beitrag an einen Brief von Papst Benedikt XVI. an, den dieser der Bundeskanzlerin im Vorfeld des Gipfels geschrieben hatte. Der Brief unterstreicht die Verantwortung afrikanischer Politiker, benennt zugleich aber auch die Verantwortung der Politik des Nordens. Erzbischof Schick zitierte den Papst im Blick auf den notwendigen Beitrag der G8-Staaten: „Dabei handelt es sich nicht um eine Sonderaufgabe oder um Zugeständnisse. Es besteht vielmehr eine schwere und unbedingte moralische Verpflichtung, die auf der Zusammengehörigkeit der Menschheitsfamilie sowie auf der gemeinsamen Würde und Bestimmung der armen und der reichen Länder gründet.“

Konkret verlangte er von den Politikern beim G8-Gipfel Eindeutigkeit bei der Schaffung von günstigen Handelsbedingungen, die afrikanischen Produzenten einen breiten und vorbehaltlosen Zugang zu den Märkten der Industrieländer eröffnen. Als weiteren Punkt nannte er "die Waffenlieferungen in die Länder der Dritten Welt und gerade auch in Krisengebiete. Wir haben in Deutschland eine große Waffenproduktion mit einer einflussreichen Lobby. Und immer wieder sagen mir Bischöfe aus Afrika, dass wir etwas tun müssen, weil dadurch viel Leid geschaffen wird."

Erzbischof Schick warb für die weitere Unterstützung der NEPAD-Initiative und stellte deren „große Nähe zum kirchlichen Verständnis einer integralen Entwicklung“ heraus: „NEPAD geht davon aus, dass die kostbarsten Potenziale für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den

Menschen selbst liegen.“ Deutlich kritisierte er die Situation in Zimbabwe und äußerte die Erwartung, dass die deutsche Doppelpräsidentschaft dazu beitragen werde, „eine schlüssige und effektive internationale Politik zur Überwindung der Krise in Zimbabwe und im Sudan auf den Weg zu bringen“. Der Erzbischof schloss mit den Worten: „Die Probleme in Afrika sind groß, aber lösbar. Christen sind Menschen der Hoffnung. Für uns gibt es keine hoffnungslosen Fälle.“

1.2 Redebeiträge

Paul Bemile:

Schlechte Regierungsführung muss überwunden werden

Unser Thema auf diesem Internationalen Forum ist die Partnerschaft mit Afrika, und zwar eine erneuerte Partnerschaft, die Afrikas Entwicklung voranbringt. Nur allzu oft hören wir von Afrikas Leiden. Afrika ist heute der ärmste Kontinent der Welt. Fast jeder andere Kontinent verringert die Armut und produziert Reichtum, aber in Afrika steigt die Armut. Und wir fragen uns: "Kann diese Situation verändert werden?" Was not tut, das ist die Entschlossenheit und der Entschluss der Afrikaner selbst, diese Situation durch ihre eigenen Lösungen umzukehren. Damit sich der Zustand Afrikas zum Besseren verändert, kommt es auf die Mitwirkung, die Beteiligung, und die deutliche Interessensbekundung eines jeden Afrikaners an.

Die Frage ist: Was ist unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung? Und was tun wir um sicherzustellen, dass der Wandel geschieht? Es gibt zwei Faktoren, die die Armut Afrikas ausmachen. Zunächst einmal die externen Faktoren: Wir hatten vierhundert Jahre Sklaverei, über einhundert Jahre Kolonialismus. Wir haben ungleiche Handelsbedingungen und natürlich die Schuldenlast. Dann wurden uns Konditionalitäten für Entwicklung auferlegt, und vor allem fehlt uns der Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder. Daneben gibt es interne Faktoren: Sinnlose Staatsstriebe, Kriege, Konflikte wie in Darfur, Führungsversagen, Diktatur, Tyrannei, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen mit Mord und Folter, Knebelung der Presse und die Kultur des Schweigens. Weiter sehen wir Korruption und schlechte Verwaltung, Kriminalisierung von legitimer Wirtschaft und von Gewerkschaften, Missachtung von Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und Eigentum. Im Endeffekt sehen wir im Zentrum von Afrikas Problemen vor allem eine Sache: schlechte, armselige Regierungsführung.

Wir müssen uns fragen, wie Afrika diese Probleme überwinden und sich selbst auf den Pfad der Entwicklung bringen kann. Darum geht es bei der Neuen Partnerschaft für Afrika, die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwick-

lung (NEPAD) versucht genau das! Was ist NEPAD? NEPAD ist eine Vision und ein strategischer Rahmen, der von Afrikanern erdacht wurde, der ihnen gehört und der von ihnen organisiert wird, um die Lebensbedingungen von Afrikanerinnen und Afrikanern zu verbessern. Es waren neue Führungspersonen, die diese Partnerschaft brachten: die Präsidenten Mbeki aus Südafrika, Obasanjo aus Nigeria und Bouteflika aus Algerien. Sie stellten den Plan den Politikern der G8 vor und erhielten 2002 in Kananaskis die Zusage umfassender Unterstützung in Form des G8-Afrika-Aktionsplans.

Was können wir vom bevorstehenden Gipfel in Heiligendamm erwarten? Generell gab es viele Fortschritte, aber im Lichte des Aktionsplans und angesichts der Notwendigkeit weiterer Unterstützung, insbesondere um die Millenniums Entwicklungsziele zu erreichen, war der Fortschritt begrenzt. Im Rückblick auf Gleneagles ergibt sich sofort, dass beachtliche Arbeit noch zu leisten ist, wenn man die Zusicherungen und Versprechungen wirkungsvoll umsetzen will. Das Bild ist zwar von Land zu Land und von Ziel zu Ziel verschieden, aber das Gesamturteil kann zusammengefasst werden als: "Mission nicht erfüllt!"

Afrika schaut nach Heiligendamm und erwartet, dass die Zusagen bestätigt werden. Es geht hier vor allem um die Zusagen des Gipfels von Gleneagles 2005. Er stützte sich auf die von Tony Blair lancierte, ambitionierte – gleichwohl zunächst in ihrer Isolierung umstrittenen – Kommission für Afrika. In Gleneagles kam tatsächlich ein Paket mit Maßnahmen für Afrikas Entwicklung heraus, mit Schuldenerlass, der Verdoppelung der Hilfe, Handelsgerechtigkeit, Gesundheitsversorgung und Grundschulbildung sowie dem umfassenden Zugang zur HIV/AIDS-Behandlung.

Es ist zwar noch etwas Zeit, um die Kritiker eines Besseren zu belehren, aber es sieht im Moment nicht danach aus, dass die G8 ihre Zusagen von Gleneagles wirklich einlösen. Eine verzögerte Einlösung der Zusicherungen kann Fortschritte gefährden, Prioritäten durcheinanderbringen und das Vertrauen in die internationale Unterstützung beeinträchtigen. Eine ausdrückliche Bestätigung ist daher dringlich.

Man muss unterstreichen, dass die internationale Gemeinschaft in der Vergangenheit das gezeigt hat, was man als das "Syndrom der gebrochenen Versprechen" bezeichnen kann: nur zu oft hat sie die von ihr versprochene Unterstützung für frühere Pläne zur wirtschaftlichen Gesundung Afrikas eben nicht geleistet.

Wenn es um die weitere Zusammenarbeit geht, so ist NEPAD hier eine Schlüsselgröße und besondere Bedeutung kommt seinem Instrument gegenseitiger Überprüfung zu, dem African Peer Review Mechanism (APRM). Was sind die Vorteile des APRM? Das Programm stärkt den nationalen Dialog und die Beteiligung sowie die Handlungskompetenz der Bürger für die Entwicklung ihres Landes. Es fördert Transparenz, Offenheit, Selbstverantwortung und Demokratie. Es verstärkt die afrikanische „ownership“ für den eigenen Entwicklungsprozess. Es bietet Identifikation, Evaluierung und die Verbreitung von Vorbildern in guter Regierungsführung. Es schafft mit Hilfe des nationalen Berichts und des damit verbundenen Aktionsprogramms eine Basis, um den jeweiligen Fortschritt bei dessen Umsetzung zu messen.

Mein Land, Ghana, hat diesen Prozess schon durchlaufen. Das gibt mir Grund zu sagen, dass wir unseren eigenen Kräften vertrauen können. Was auch immer das Ergebnis des G8-Gipfels in Heiligendamm sein wird – im Endergebnis muss Afrika es schaffen, von der übergroßen Abhängigkeit fremder Zuflüsse wegzukommen. Mittel für die Entwicklung müssen, wie es NEPAD vorsieht, zunehmend aus einheimischen Quellen kommen. Afrika wird sich entwickeln, wenn es finanzielle Verschwendung reduziert, ein besseres Management des öffentlichen Vermögens einführt, Ressourcen effizienter einsetzt und Eigenständigkeit fördert. Bei der Umsetzung von NEPAD muss stärker auf eigene Initiativen gesetzt werden, und dazu gehört eine wirksamere Verwaltung von Steuern.

Obwohl NEPAD auch auf mehr Hilfe gedrungen hat, sollte der weitere Weg auf eine größere Mobilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen setzen, auf einen effektiveren öffentlichen Dienstleistungssektor und auf vermehrte ausländische Investitionen. Das entspricht den Prinzipien von NEPAD. Die G8 sagen in ihrem Afrika-Aktionsplan zu, dass sie mit denjenigen Ländern in eine vertiefte Partnerschaft eintreten wollen, die, überprüft im APRM, die Leistungsstandards von NEPAD erreichen. Der NEPAD-

Plan, der die Basis der Partnerschaft darstellt, beruht auf einer nachgewiesenen Verpflichtung zu guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte, Investitionen in menschliche Entwicklung, Armutsbekämpfung und einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums. Wir bekennen uns weiterhin dazu.

Oliver Kisaka Simiyu:

Zivilgesellschaft ist zentral für den Wandel

Afrika, wie es im 21. Jahrhundert angekommen ist, ist von verschiedenen Dynamiken geprägt, die alle ihre je eigene Bedeutung für seine Entwicklung hatten. Global gesehen, ist Afrika durch seine historische Erfahrungen geprägt, zu denen Sklaverei, Kolonialismus, der Kalte Krieg und derzeit die Herausforderungen der Globalisierung gehören. Im Inneren war Afrika anfällig für Krisen, verursacht durch das Streben fremder Regierungen und multinationaler Unternehmen nach seinen Ressourcen, durch Grenzziehungen der Kolonialmächte und durch Konflikte, die aus politischen Differenzen, Ethnizität, schwindenden Ressourcen und manchmal auch religiösen Animositäten resultierten.

Man kann weiter über die Vergangenheit grübeln, aber wichtiger ist, darüber nachzudenken, was dem Kontinent hilft. Es ist unmöglich, Afrikas Potential zu verstehen, wenn wir nicht seine bisherigen Fortschritte anerkennen. Afrika ist eben kein Kontinent voller Menschen, die fest entschlossen sind, sich sinnlos zu zerstören! Afrika hat beständig Anstrengungen unternommen, die Lebensverhältnisse zu verbessern. Sobald Afrikaner die Ungerechtigkeiten des Kolonialismus erlebten, suchten sie nach Wegen der Freiheit. So errangen die meisten Staaten südlich der Sahara ihre Unabhängigkeit zwischen 1950 und 1970. Sie begrüßten ihre Unabhängigkeit mit großem Jubel und hohen Erwartungen. Unerfahren mit demokratischer Politik westlichen Typs, mit Geld basierter Wirtschaft und Partizipation in der internationalen Ordnung, war ihre erste Erfahrung mit der Selbstbestimmung nicht so rosig. Vieles misslang, es gab in einer Reihe von Ländern militärische Staatsstrieche und Gegenputsche. In anderen wählten die politischen Führer autokratische Führungsstile und schlossen jegliche demokratische Mitwirkung aus. Alle diese Regierungen profitierten davon, dass sie sich entweder den USA oder der Sowjetunion im Kalten Krieg angeschlossen hatten.

Als der Kalte Krieg zu Ende ging, verloren die autokratischen und diktatorischen Regierungen ihre Unterstützung. Zivilgesellschaftliche Organisationen bekamen nun mehr Raum, um gegen schlechte Regierungsführung, Korruption, Menschenrechtsverletzungen, fehlende politische und Presse-

freiheit anzutreten. Das wurde die zweite Befreiung Afrikas. In der Tat fanden sich viele der autokratisch gewordenen Führer mit einer beachtlichen, von Bürgern getragenen Opposition konfrontiert. Es gab Regierungswechsel und auch grundlegende konstitutionelle Änderungen, die über einen bloßen Regierungswechsel hinausgingen.

Schließlich war es die Bereitschaft afrikanischer Politiker, Verantwortung für Afrikas Probleme zu übernehmen, die sie die NEPAD-Initiative mit dem darin enthaltenen African Peer Review Mechanism (APRM) entwickeln ließ. Ihr und unser Votum ist eindeutig: Lasst uns NEPAD machen! Lasst uns versuchen, eigene Ideen umzusetzen, eigene Erfahrungen zu sammeln, unsere eigene Position zu finden und lasst uns dann mit anderen so in Beziehung treten, dass es gut für uns und die anderen ist.

Die größte Überraschung ist der Skeptizismus, auf den diese Initiative in einigen Teilen des Westens gestoßen ist. Ehrlich gesagt, das verwirrt Afrika. Auf der einen Seite wird gesagt, dass Afrika unfähig ist, seine Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen. Auf der anderen Seite werden eigenständige Initiativen angezweifelt, bevor sie sich voll entfalten. Ich würde darauf drängen, dass alle Partner Afrikas das Potenzial eines solchen Prozesses anerkennen und ihn unterstützen.

Wenn die oben angesprochene Skepsis darauf gründet, dass politische Regierungen auf der ganzen Welt in Abwesenheit von gegenseitiger Kontrolle dazu neigen, dem Amtsmissbrauch zu frönen, dann ist das ein Problem, das man angehen sollte anstatt es zu beschönigen. Keine andere Kraft kann mehr für die Kontrolle ihrer Regierung sorgen als eine mobilisierte Bürgerschaft. In der Konsequenz müssen sich die Bürger der Herausforderung stellen und ihr Engagement aufrecht erhalten. Man kann beobachten, dass es keinen ernsthaften Wandel gibt, solange sich die Bürger nicht selbst engagieren. Dabei kommt den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine besondere Bedeutung zu. Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) haben für soziale Dienste gesorgt, haben der Autokratie widerstanden, in Konflikten vermittelt und ein Übungsfeld für künftige Führungspersönlichkeiten geboten. Ich dränge darauf, dass Capacity building als ein Weg zur Stärkung von CSOs berücksichtigt wird.

Eine besondere Rolle kommt in vielen afrikanischen Ländern – und so auch in Kenia – den religiös begründeten Organisationen und den Kirchen zu. Der National Council of Churches of Kenya (NCCK) mit einer Mitgliedschaft von 36 christlichen Kirchen und Organisationen versteht seit seiner Gründung die Förderung demokratischer Entwicklung in Kenia als zentrale Verpflichtung. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen standen der Rat und seine Mitglieder in vorderster Reihe, wenn es darum ging, Ausbildung und Gesundheitsdienste, berufliches Training und Katastrophenhilfe bereitzustellen. Seit der Unabhängigkeit hat sich der Rat politisch radikaler Ethnizität entgegengestellt und sich hartnäckig autokratischen Regierungen widersetzt. Er hat die Menschen durch staatsbürgerliche Bildungsarbeit zu politischer Teilhabe befähigt, ist für die Schaffung einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft eingetreten und hat der Zivilgesellschaft Raum für politisches Agieren geschaffen. Durch diese Anstrengungen hat der Rat dazu beigetragen, die demokratische Kultur in Kenia zu verbessern.

Afrika reflektiert seine vergangenen Erfahrungen. Es gibt Anzeichen, dass sich die Situation zum Besseren wandelt. Viel zu lange haben Afrikaner gezögert, im Hinblick auf das Gefühl der Zugehörigkeit den Schritt von ihrer ethnischen Gruppe zu ihren Nationalstaaten zu vollziehen. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung glaubt nach wie vor, die Interessen ihrer ethnischen Gruppe auf Kosten anderer sicherstellen zu müssen. Alle unsere Anstrengungen richten sich jetzt darauf, die Menschen darüber aufzuklären, welche Beteiligungschancen sie in demokratischen Systemen haben, wie sie politische Verantwortung einfordern und wie sie zwischen guten und schlechten politischen Führern unterscheiden können. Wir brauchen hier eine vertiefte Auseinandersetzung mit Grundfragen politischer Herrschaft. Leider mangelt es in Afrika an Theoriebildung und an Forschung; wir haben nicht viele Wissenschaftler, die sich in diesen Fragen auskennen und zu einer Qualifizierung des öffentlichen Disputs beitragen können. Es sind aber genau solche Informationen, die wir benötigen. Ich sehe hier einen großen Bedarf, die wissenschaftliche Kooperation weiter auszubauen, z.B. auch durch die vermehrte Vergabe von Stipendien.

Für die künftigen Beziehungen zwischen Europa, den G8 und Afrika kommt es darauf an, dass die westlichen Partner die klare Strategie

verfolgen, sich an der Entwicklung Afrikas zu beteiligen. Dabei ist es wichtig, den African Peer Review- Prozess von NEPAD zu unterstützen und seine Ergebnisse zu nutzen, um sich auf eine intensivere Partnerschaft einzulassen.

Demokratie und gute Staatsführung sind die Grundlagen für die Förderung menschlicher Entwicklung, für die Verminderung der Armut und, in der Tat, für die Erreichung von Stabilität und Fortschritt in Afrika.

Heidemarie Wieczorek-Zeul:
Von der Globalisierung der Märkte zur
Globalisierung der Solidarität

Dass Afrika eine prominente und wichtige Rolle in unserer G8-Präsidentschaft einnimmt – für dieses Ziel habe ich mich persönlich eingesetzt und auch gekämpft. Vom Gipfel der reichen Länder in Heiligendamm muss eine überzeugende entwicklungspolitische Botschaft ausgehen; diese Botschaft hängt eng mit den Reformen in Afrika zusammen. Nur allzu oft wird übersehen, dass es einen Wandel zum Besseren in Afrika gibt; wir wollen die Perspektiven und die Zukunftschancen Afrikas deutlicher ins Bewusstsein rücken in unserem eigenen Land und auch in den G8-Mitgliedsländern.

Denn man muss schon sagen – natürlich gute Beispiele wie die Deutsche Welle ausgenommen –, dass unsere Wahrnehmung von Afrika über bestimmte Zeitungen oder über das Fernsehen immer von Krisen und Katastrophen dominiert ist. Es gibt in Deutschland viele Uralt-Vorurteile zu Afrika!

Meine Linie ist dann, und da bin ich unseren beiden afrikanischen Gästen Bischof Bemile und Reverend Kisaka sehr dankbar, immer an folgendes zu erinnern: Erstens, es gab den Kolonialismus. Zweitens: Noch bis zum Wegfall der Ost-West-Konfrontation ist Afrika im Grunde von den beiden Großmächten genutzt worden, um ihre Einflusschancen zu mehren. Beides war nicht geeignet, den Interessen Afrikas zu dienen.

Heute hingegen können Sie ganz sicher sein, dass wir, jedenfalls soweit wir Einfluss darauf haben, unsere Mittel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einsetzen, dass wir versuchen, uns mit unseren Partnern abzustimmen und vor allen Dingen auch keine Blaupause für einen Entwicklungsprozess vorlegen. Wir wollen auch keinen alten Washington-Konsens, sondern eben gerade dessen Überwindung. Ich bin dankbar, dass es hier doch viele gibt, die genau diese Vorgehensweise unterstützen.

Lassen Sie mich für einen Moment sagen, warum ich an solchen Diskussionen und Veranstaltungen mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit den Kirchen, immer gerne teilnehme. Beim Gipfel 1999 gab es den Beschluss über den Schuldenerlass für die „Highly Indebted Poor Countries“, und das war eine gemeinsame Aktion globaler Solidarität. Ich hatte damals die Chance, an dem Gipfel bereits als Entwicklungsministerin teilzunehmen. Ich stand neben Bischof Kamphaus, und ich kann mich erinnern, dass wir beide gesagt haben, es gibt eben nicht nur die Globalisierung von Märkten, sondern es gibt auch die Globalisierung von Solidarität. Und wer kann die gestalten? Die können wir nur gemeinsam gestalten, sowohl die Regierungen der Länder als auch die Menschen in der Zivilgesellschaft, die in die gleiche Richtung gehen wollen. Das Ziel dabei muss immer eine gerechte, eine menschliche, eine soziale, eine ökologisch vernünftige Gestaltung von Globalisierung sein. Dafür braucht es jeden und jede. Eigentlich sind die Millenniums-Entwicklungsziele die acht Regeln einer gerechten Globalisierung.

Angesichts anderer Nachrichten aus der Weltbank sind in den letzten Tagen die Untersuchungen zu den Millenniums-Entwicklungszielen etwas untergegangen. Es gibt ja immer die Skeptiker, die sagen, das klappt doch alles nicht mit den Millenniums-Entwicklungszielen. Die Untersuchungen der Weltbank, die die Umsetzung begleiten, zeigen hingegen, dass es in den letzten drei bis vier Jahren möglich war, die Zahl extrem armer Menschen, die also weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung haben, von rund 1,2 Mrd. auf weniger als eine Milliarde zu reduzieren. Das sind immer noch viel zu hohe Zahlen, aber das zeigt, dass wir etwas erreichen können, wenn wir gemeinsam Kräfte mobilisieren und das insbesondere im Hinblick auf Afrika tun, denn dort sind die Schwierigkeiten bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele weiterhin am größten.

Die G8 sehe ich nicht als einen abgeschlossenen Kreis. Man muss sie danach bewerten, was sie machen und beschließen. In Köln, ich habe schon darauf hingewiesen, haben wir die Entschuldung der hoch verschuldeten armen Entwicklungsländer beschlossen. Wir haben sie dann in der Weltbank und im IWF umgesetzt. Auch der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist bei einem G8-Gipfel beschlossen worden, und er hat in seiner Arbeit bis jetzt fast zwei Millionen Menschen das Leben gerettet. Gleneagles hat die Verdopplung der Hilfe für Afrika

beschlossen. Wir werden das bis zum Jahr 2010 umsetzen, da können Sie ganz sicher sein. Ich will gern hinzufügen, dass Druck und Unterstützung dabei immer gut und hilfreich sind. Ein weiterer Beschluss von Gleneagles betrifft den globalen multilateralen Schuldenerlass im Umfang von 55 Mrd. US-Dollar. Als Bundesregierung haben wir alles unternommen, um ihn tatsächlich umzusetzen. Aber jetzt in der Folge muss er in den Beschlüssen der Weltbank umgesetzt werden, weil bei der Neuauflage der Soft-Credits-Linien diese Mittel des multilateralen Schuldenerlasses von den einzelnen Gebern sozusagen gegen geschrieben werden müssen.

Lassen Sie mich erläutern, was wir uns für Heiligendamm vorgenommen haben. Dort werden wir sachbezogen den Kreis der beteiligten Länder erweitern. So haben wir die so genannten Outreach-Länder Mexiko, Brasilien, Südafrika, China und Indien zu Gesprächen eingeladen. Ferner werden die NEPAD-Gründerstaaten und der Präsident der Afrikanischen Union, der ghanaische Präsident Kuffour teilnehmen. Dieser Gipfel wird also mehrere Gesprächsrunden haben.

Zur Vorbereitung der Beratungen über Afrika werden wir im Mai hier in Berlin das so genannte „Africa Partnership Forum“ haben. Das sind die OECD-Länder mit den G8 als Kern, und die afrikanischen Reformstaaten. Die sechs Schwerpunkte werden dort wie in Heiligendamm sein: die Frage von Handelsbeziehungen und Investitionen in Afrika, Gender, HIV/AIDS, Klimawandel, Frieden und Sicherheit sowie die Stärkung des African Peer Review Mechanism, der sich als Kernstück der NEPAD-Initiative auf die Überprüfung verantwortlicher Regierungsführung richtet. Dabei halte ich es für ein gutes Zeichen, dass es eine Vorkonferenz der Zivilgesellschaft geben wird und dass erstmals ein Repräsentant der Zivilgesellschaft, Erzbischof Ndungane aus Kapstadt, auf dem Africa Partnership Forum sprechen wird.

Inhaltlich geht es in Heiligendamm - sozusagen vor der Klammer - eindeutig um die Einhaltung der Verpflichtungen von Gleneagles. Da geht es gar nicht um etwas Neues, sondern darum, die Zusagen umzusetzen. Das ist wichtig und dafür lege ich meine Hand ins Feuer.

Konkret ist es uns wichtig, dass es zu Investitionen in Afrika kommt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Investitionen müssen auch von anderer Seite

kommen, allein mit Mittel der Entwicklungshilfe werden wir die Probleme nicht lösen. Wichtig ist es auch, in diesem Zusammenhang Fragen des Handels zu sehen. Hier wird alles darauf ankommen, dass wir die Doha-Runde erfolgreich abschließen können. Das wird bis Heiligendamm nicht möglich sein, aber ich persönlich möchte mich dafür stark machen, dass wir wenigstens das umsetzen, was bei der letzten Verhandlungsrunde in Hongkong zugesagt worden ist. Kommen wird in jedem Fall „Aid for trade“, damit überhaupt afrikanische und andere Entwicklungsländer vom Handel profitieren können. Dafür haben wir in der Europäischen Union eine Milliarde Euro zugesagt. Spannend wird auch die Frage sein, ob ohne Abschluss der Doha-Runde der Abbau der Agrar-Exportsubventionen eingehalten wird. Das ist ein weites Feld – beherrscht von viel Heuchelei.

Aber zurück zu Heiligendamm: Wir haben vor, ein neues Mikrofinanzinstrument zu schaffen, damit insbesondere Frauen und ärmere Bevölkerungsgruppen Zugang zu Finanzen haben, um eigene Geschäfte und eigene Existenzen aufzubauen. Dabei dränge ich sehr darauf, dass alle afrikanischen Länder die „Solemn Declaration on Gender Equality“ in die Praxis umsetzen und vor allen Dingen den Zugang von Frauen zu Finanzen und zu Landrechten voranbringen.

Ein nächster Punkt ist verantwortliche Regierungsführung. Die „Peer Reviews“, die im Rahmen der NEPAD-Initiative jetzt in afrikanischen Ländern durchgeführt werden, sehe ich als wirklich beispielhaft auf dem Weg zu verantwortlicher Regierungsführung an. Welche Regierung in Europa oder in Amerika ließe sich denn gern von unabhängigen Experten untersuchen? Das zu fördern und zu unterstützen, erscheint mir mehr als lohnend. Fördern wollen wir auch die „Extractive Industry Transparency Initiative“; sie soll mit dafür sorgen, dass möglichst viele afrikanische, aber auch Industrieländer sich dem Ziel verschreiben, die illegale Ausbeutung von Rohstoffen zu Lasten der Menschen und der Umwelt zu verhindern. Die Erlöse der Rohstoffproduktion sollen stattdessen wirklich der Bevölkerung in dem jeweiligen Land zugute kommen. Dafür müssen die Produktionsprozesse und vor allen Dingen auch die Produkte zertifiziert werden, um Illegalität zu verhindern – ein für die Zukunft der Demokratischen Republik Kongo zentraler Punkt.

Beim Stichwort Klima glaube ich, dass die Bundesrepublik Deutschland auch mit den EU-Beschlüssen an der Spitze steht. Ich sage das jetzt hier sehr verkürzt, obwohl das ein zentraler Punkt sein wird. Es ist deshalb so wichtig, weil Afrika als Gesamtkontinent das Opfer der Art der industriellen Produktion und der Energieerzeugung ist, die weltweit in den Industrieländern stattfindet. Daraus folgt eine Verantwortung, den Anpassungsprozess an den Klimawandel mit zu unterstützen, aber auch die Produktionsweisen und die Energieerzeugung bei uns selber zu verändern.

Die Bekämpfung von HIV/AIDS liegt mir besonders am Herzen und wird ein weiterer Schwerpunkt sein. Ich möchte, dass die G8 einen wirklich substantiellen Beitrag zur Finanzierung des Globalen Fonds leisten. Dessen Konferenz zur Wiederauffüllung wird im September in Deutschland stattfinden. Kofi Annan hat angekündigt, dass er die Tagung eröffnen wird. Da haben die G8 eine gute Gelegenheit, gleich mit Blick auf die Septemberkonferenz entsprechende finanzielle Zusagen zu machen. Denn es ist überaus wichtig, dass AIDS zumal bei Mädchen und Frauen wirksam bekämpft wird.

Der letzte Punkt ist die Frage nach Frieden und Sicherheit. Da wird es um die Unterstützung der „African Standby Forces“ gehen, damit das Militär und die Polizeikräfte entsprechend ausgebildet werden. Wir haben bei der Konferenz des Bundespräsidenten mit afrikanischen Staatspräsidenten in Ghana das „Kofi Annan Peacekeeping Training Centre“ besuchen können. Das ist wirklich eindrucksvoll, wie Europäer dort zusammenarbeiten, die selber sagen: wir haben in Europa unsere Lektion gelernt, wir haben aus der Geschichte Schlussfolgerungen gezogen und wir bilden hier gemeinsam mit der afrikanischen Seite aus. Als Kofi Annan kürzlich hier in Berlin war und den Bericht über die Einhaltung der Zusagen an Afrika übergeben hat, hat er etwas gesagt, das mir auch am Herzen liegt. Er hat gesagt: Die Europäische Union ist die Lehre aus den schrecklichen Kriegen und das Ziel ist völlig klar: Im Europa, wie es sich jetzt darstellt, wird es nie mehr Krieg geben. Und er hat gesagt - und dem kann ich mich wirklich anschließen - das Ziel muss sein, dass auch in den Ländern Afrikas nie mehr Krieg stattfindet. Dazu können und müssen wir beitragen, dass diese Botschaft Wirklichkeit wird: durch Hilfe zur Prävention, durch Unterstützung der eigenständigen Prozesse in der Bevölkerung.

Es wird sich lohnen, wenn wir uns gemeinsam engagieren.

Wolfgang Huber:

Es geht in Afrika vorrangig um die Option für die Armen

Dass Afrika beim bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm einen prominenten Platz auf der Tagesordnung haben wird, sehe ich mit großer Zustimmung. Afrika kann uns nicht gleichgültig sein, dazu ist es uns zu nahe. Das meine ich nicht nur in geographischer Hinsicht, sondern ich meine es als eine elementare menschliche Verpflichtung, die uns mit Afrika verbindet. Erlauben Sie mir, dass ich das einen Augenblick mit einem literarischen Beleg versee. In seinem Roman „Das Herz der Finsternis“, immerhin schon aus dem Jahr 1902, schildert Joseph Conrad eine Reise in die Tiefe Afrikas. Angesichts des Sich-Verlierens in Raum und Zeit, das unlöslich zu Afrika gehört, ist es keineswegs der Afrikaner, der die Orientierung verliert, sondern es ist der Europäer, der auf dem Weg in den afrikanischen Dschungel zugleich den Weg in die Abgründe seines eigenen Herzens geführt wird und sich in ihnen heillos verfängt. Afrika als Metapher für Europas Schicksal – das füllt mehr als einen Roman.

Unvergesslich ist mir persönlich meine letzte Reise nach Afrika, die mich vor knapp eineinhalb Jahren in den Sudan brachte und auf für mich besonders bestürzende Weise mit der Not und dem Leid der Menschen konfrontierte. Diese Reise eröffnete mir aber auch eindrucksvolle Begegnungen mit Menschen, die voller Hoffnung und Vertrauen auf die Zukunft zugehen. Im Austausch mit unseren Partnerkirchen habe ich dabei zugleich die Kraft wahrgenommen, die die Kirchen in die Gesellschaften Afrikas einbringen. Zugleich muss man aber auch sagen, dass man es sofort mit den erheblichen und großen Schwierigkeiten zu tun bekommt, die die Kirchen in ihrem praktischen Engagement zu gewärtigen haben.

Sie tun Wichtiges und wir sind dazu verpflichtet, sie dabei nach Kräften zu unterstützen. Sie geben vielen Menschen Halt im Alltag, stehen ihnen in ihren Bedrängnissen bei. Sie treten öffentlich ein für die Stärkung der Zivilgesellschaft und engagieren sich dafür, den Armen eine breitere Teilhabe am Leben der Gemeinschaft zu eröffnen. Es geht auch in Afrika um die „vorrangige Option für die Armen“, die im ökumenischen Gespräch über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu einem Leitmotiv für die gesellschaftliche Verantwortung der Kirchen geworden

ist. Und das ist kein ferner Ton aus einer fremden Befreiungstheologie. Die Kirchen in Deutschland haben sich diese Perspektive ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich zitiere beispielhaft aus dem Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, jetzt zehn Jahre alt und doch keineswegs nur auf Deutschland gemünzt: „Alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft muss darum an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.“

Die Einheit kirchlichen Handelns in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren verpflichtet dazu, einen solchen Ansatz auch auf die Fragen der Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden. Die Kirchen in Afrika handeln dabei aus der Mitte unseres christlichen Glaubens heraus. Ich habe das in einem anderen Zusammenhang einmal so zu beschreiben versucht: „Der christliche Glaube ist so politisch, wie er persönlich ist. Er betrifft die äußeren Lebensverhältnisse, wie er das Innere der Menschen verwandelt. Er hat es mit dem Frieden der Staaten ebenso zu tun wie mit dem Frieden der Herzen. Denn er betrifft den ganzen Menschen.“

Dieser Ansatz äußert sich in sehr praktischer Weise. In vielen afrikanischen Ländern sind es die Kirchen, die in großem Umfang elementare Leistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit erbringen. Dass es das Eintreten der Kirchen in Südafrika war, das einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Apartheid geleistet hat, sollte eine Erfahrung sein, die uns ermutigt, vergleichbare Entwicklungen auch in anderen afrikanischen Ländern zu erhoffen. Der Beitrag, das mutige Engagement der katholischen und evangelischen Kirchen in Kenia im Übergang zur Demokratie ist ein weiteres Beispiel, das heute schon eine Rolle gespielt hat. Durch die Arbeit der Hilfswerke sind unsere Kirchen eng verbunden mit Entwicklungsvorhaben in Afrika. Nicht vergessen dürfen wir die zahlreichen Partnerschaften von Kirchengemeinden, die diesem Engagement eine reale Basis geben.

Die Befassung mit Afrika in Heiligendamm – so haben wir es von Ihnen, Frau Ministerin, gehört – ist darauf angelegt, die Hilfe für Afrika „praktisch“ werden zu lassen. In der Tat: nach den Beschlüssen der vorangegangenen Gipfel zu Afrika muss es genau darum gehen. „Praktisch“ geht es darum, dass eine Entwicklung in der Perspektive der Millenniums-Ent-

wicklungsziele (MDGs) weiter voran gebracht wird. Gerade für Afrika sind die MDGs eine besondere Herausforderung; stärker als in anderen Kontinenten ist ihre Verwirklichung hier gefährdet. Ich nenne das Ziel der Halbierung des Anteils der Hungernden und der absolut Armen, also derer, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, es ist alles andere als gesichert. Es bedarf besonderer Anstrengungen im Hinblick auf die Höhe und die Qualität der Hilfe, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei gilt es jedoch, Augenmaß zu zeigen: nach unserer Meinung ist es nicht der „big push“, der den Durchbruch bringen wird, sondern die beharrliche Unterstützung Afrikas bei der Fortführung seiner Reformpolitik, die sich mit der Initiative „New Partnership for Africa`s Development (NePAD)“ verbindet.

Neben dem Ziel der Halbierung des Anteils extrem Armer an der Bevölkerung sind es für uns vor allem die gesundheitsbezogenen Millenniums-Entwicklungsziele, für die wir uns größere Beachtung in Heiligendam wünsch. Im Zentrum muss hier die weitere entschiedene Bekämpfung von HIV/AIDS stehen. 70 Prozent der weltweit über 40 Millionen HIV-Infizierten leben in Afrika südlich der Sahara. Das erzeugt unendliches menschliches Leid. Es hat zugleich eminente wirtschaftliche Auswirkungen. Ich stimme voll und ganz dem zu, was wir immer wieder über die wirtschaftlichen Konsequenzen lesen. Aber mir liegt sehr viel daran, dass wir die Betrachtungsweise nicht ökonomisieren und darüber das menschliche Leid vergessen, wobei ich auch aus persönlicher Anschauung ganz besonders an die betroffenen Kinder denke.

Es kommt entscheidend darauf an, dass die Zielsetzung des „Universellen Zugangs zu Prävention, Behandlung und Pflege“ umfassend weiter verfolgt wird. Der Zugang zu Medikamenten ist dabei eine Schlüsselgröße; ihn zu sichern erfordert über einen verantwortungsvollen Umgang mit Regelungen des Patentrechts hinaus jedoch auch umfassende Investitionen in die weithin maroden Systeme des öffentlichen Gesundheitswesens. Qualifiziertes Personal, an dem es nicht zuletzt wegen gezielter Abwerbung durch die Industrieländer mangelt, muss in den Ländern gehalten werden; Investitionen in die Infrastruktur sind unumgänglich und nicht zuletzt ist ein System sozialer Sicherung, das die Risiken von Krankheiten abdeckt, eines der dringlichen Erfordernisse in vielen Ländern. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass es neben der AIDS-Pandemie weitere stark verbreit-

tete Krankheiten gibt, deren Behandlung nur eingeschränkt möglich ist. Auch diese sogenannten „vernachlässigten Krankheiten“ wie Flussblindheit oder Chagaskrankheit fordern einen hohen Preis an ausbleibender gesellschaftlicher Entwicklung.

Insgesamt ist die Zeit reif, dass wir einen neuen Blick auf die Kooperation im Bereich der Gesundheit werfen. Systemische Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung im Gesundheitsbereich sind überfällig und wir hoffen darauf, dass sich der G8-Gipfel dieser Einsicht nicht verschließt. Investitionen in Gesundheit sind wirksame Investitionen in soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Neuere Forschungen belegen eindeutig den positiven Effekt solcher Investitionen.

Dieses Plädoyer für mehr Engagement im Gesundheitsbereich macht es mir leichter, auch die Frage der Finanzierung von Entwicklung anzusprechen. Wir haben mit großer Zustimmung die verschiedenen Beschlüsse zur Kenntnis genommen, die Entwicklungsleistungen im Zeitraum bis 2015 kontinuierlich zu steigern und, darin eingebunden, die Hilfen für Afrika bis 2010 zu verdoppeln. Dass die deutschen Leistungen im vergangenen Jahr gestiegen sind, haben wir mit Respekt und Dankbarkeit wahrgenommen. Dennoch ist der Weg noch weit, bis zum Jahr 2010 die deutschen Beiträge auf 0,51% des Bruttoinlandprodukts zu steigern. Wir wollen Sie, Frau Ministerin, jedoch ausdrücklich ermutigen, in dieser Frage nicht nachzulassen. Die Menschen in unserem Land unterstützen die Entwicklungspolitik in breitem Maße, wie Umfragen erst kürzlich gezeigt haben. Die Debatte über den Klimawandel macht auch den bisher noch Skeptischen deutlich, dass wir nur gemeinsam in Nord und Süd eine Zukunft haben. Wir sollten die Stunde nutzen, das Bewusstsein von der Einen Welt weiter zu befestigen und es den Menschen an konkreten Beispielen nahe bringen. Afrika ist in herausragendem Maße ein konkretes Beispiel, an dem wir beherzt und mit Nachdruck arbeiten sollten.

Ludwig Schick:

Die Probleme in Afrika sind groß, aber lösbar

Vor wenigen Tagen ist ein Brief veröffentlicht worden, den Papst Benedikt XVI. bereits am 16. Dezember 2006 an Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel im Hinblick auf den kommenden G8-Gipfel geschrieben hat. Frau Merkel hat ihn am 2. Februar 2007 zustimmend beantwortet. Ich erwähne das, weil daraus deutlich wird, dass sich die Kirche ganz besonders für Afrika interessiert und engagiert. Afrika ist ein Kontinent, der es verdient, dass man sich mit ihm beschäftigt. Ich war im letzten Jahr allein dreimal in Afrika. Afrika hat wunderbare Menschen, denen man zutrauen darf, dass sie ihren Kontinent voranbringen. Es ist deshalb richtig, dass der Papst in seinem Schreiben nachdrücklich die Absicht unterstützt, beim G8-Gipfel in Heiligendamm die in weiten Teilen der Welt herrschende Armut zum Thema zu machen und sich besonders mit der Situation in Afrika zu befassen.

Der Brief erinnert an die Verantwortung der dortigen Regierungen und macht den Zusammenhang zwischen „good governance“ und „der Beseitigung der Armut“ deutlich. Die Erst- und Hauptverantwortlichen für die Besserung der Situation in Afrika sind die dortigen Regierungen selbst. Ebenso deutlich aber unterstreicht der Papst in seinem Schreiben, dass „eine aktive Zusammenarbeit von Seiten der internationalen Partner unverzichtbar ist“. Vor allem die G 8-Staaten müssen einen Beitrag zur Errichtung von good governance in den Staaten Afrikas leisten, damit dort Armut, Krankheiten wie Aids und Malaria, Gewalt, Kriege und Umweltzerstörung überwunden werden. „Dabei handelt es sich“ – wie der Papst herausstellt – „nicht um eine Sonderaufgabe oder um Zugeständnisse, die aufgrund dringender nationaler Interessen aufgeschoben werden könnten. Es besteht vielmehr eine schwere und unbedingte moralische Verpflichtung, die auf der Zusammengehörigkeit der Menschheitsfamilie sowie auf der gemeinsamen Würde und Bestimmung der armen und der reichen Länder gründet, die durch den Prozess der Globalisierung immer enger zusammenwachsen.“ Der Papst nennt ganz konkret folgende Aufgaben, die anzugehen sind: 1. Schaffung von günstigen Handelsbedingungen sowie breiten und vorbehaltlosen Zugang zu den Märkten. 2. Erlass der Auslandsschulden. 3. Erhöhung der Entwicklungshilfe (0,7 des Brutto-

nationaleinkommens). 4. Verbesserung der Gesundheitssysteme und Zugang zu preisgünstigen Medikamenten. 5. Einschränkung bzw. Beendigung der Waffenlieferungen in Krisengebiete. 6. Bekämpfung der Korruption von Regierungsmitgliedern. 7. Förderung des Friedens.

Damit hat Papst Benedikt in seinem Brief die wichtigsten Themen angesprochen. Ich möchte hier vor allem auf die Bedeutung des Handels hinweisen – ein Thema, das wir bisher noch nicht behandelt haben, das aber für die Entwicklung Afrikas *conditio sine qua non* ist. Da muss gerade beim G8-Gipfel unter den Politikern Klartext geredet werden. Hervorheben möchte ich auch das Problem von Waffenlieferungen in Länder der Dritten Welt und gerade auch in Krisengebiete. Wir haben in Deutschland eine große Waffenproduktion mit einer einflussreichen Lobby. Und immer wieder sagen mir Bischöfe aus Afrika, dass wir da etwas tun müssen, weil dadurch viel Leid geschaffen wird. Die Kriege, die nicht Väter allen Fortschritts sondern Väter allen Elends sind, werden verlängert und intensiviert. Das muss ein Ende haben.

Wenn ich diese beiden Themen hervorhebe, will ich die anderen damit keineswegs abwerten. Ich kann die Dringlichkeit aller vom Papst genannten Themen nur ausdrücklich unterstreichen. Sie müssen auf die Tagesordnung von Heiligendamm. Bezüglich konkreter Länder sollte in Heiligendamm vor allem über den Sudan und Zimbabwe gesprochen werden. Sie leiden derzeit am meisten in Afrika.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Dr. Huber hat soeben bereits einige Bemerkungen zum kirchlichen Engagement in und für Afrika gemacht. Ich möchte diese Hinweise mit einigen Überlegungen – vor allem zur Strategie der „Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD) – ergänzen. Diese Initiative sollte unsere volle Unterstützung finden. Afrika kann viele seiner Probleme selbst lösen. Wir müssen seinen Menschen Vertrauen schenken. Sie brauchen nicht unsere Bevormundung, sondern unsere Hilfe zur Selbsthilfe. Im Sinn der christlichen Soziallehre ist es erforderlich, die Menschen in Afrika subsidiär und solidarisch zu unterstützen. Dazu ist NEPAD das geeignete Instrument.

Die NEPAD-Initiative wurde von afrikanischen Regierungen selbst entwickelt und hat sehr schnell Zustimmung in der internationalen Gemein-

schaft, aber auch bei den Kirchen in Deutschland und mit der Zeit dann mehr und mehr auch den Rückhalt der Kirchen in Afrika gefunden. Das Besondere von NEPAD besteht darin, dass hier nicht versucht wird, Afrika von außen und nach den Vorstellungen westlicher Geberländer auf die Beine zu helfen. Vielmehr liegt hier eine Reformagenda vor, die die Verantwortung der afrikanischen Politik für demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse klar benennt. Afrikanische Regierungen bekennen sich ausdrücklich zu good governance – das heißt (mit einer Definition der Weltbank aus dem Jahre 1997) zu einer Weise der Ausübung von Macht, die die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen eines Landes in den Dienst der Entwicklung stellt.

NEPAD setzt bei den Ländern Afrikas selbst und der Mobilisierung der eigenen gesellschaftlichen Kräfte an. Gerade darin besteht eine große Nähe zum kirchlichen Verständnis einer integralen Entwicklung. Sie will die Zivil- oder Bürgergesellschaft aufbauen, die sich dann selbst die entsprechenden Strukturen der Leitung und Regierung schaffen kann. Es darf nicht übersehen werden, dass Regierungen immer so gut sind wie die Zivilgesellschaften, deren Aufbau mit allen Kräften der Schlüssel zum Erfolg ist. Hierbei haben die Kirchen eine besondere Aufgabe. NePAD geht davon aus, dass die kostbarsten Potenziale für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Menschen selbst liegen: in ihrem gemeinsamen Engagement für die Bildung, das Gesundheitswesen, Arbeit und Handel, für die Familien und die Gesellschaften. Die Politik – auch alle Entwicklungszusammenarbeit – muss deshalb darauf gerichtet sein, diesen Antrieb der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und zu gestalten, nicht nur zu respektieren, sondern zu fördern und zu ermutigen. Es bedarf entsprechender politischer Rahmenbedingungen, damit sich die Kräfte der Gesellschaft und gerade auch die Kräfte der Armen entfalten können. Hierbei ist vor allem die Bildung gefragt. Eines der Millenniumsziele ist, jedem Menschen bis 2015 die Grundschulbildung zu gewährleisten. Dieses Ziel muss nach meinen Erfahrungen auch für NEPAD Priorität haben. Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Kirchen haben sich darin besonders engagiert und sind auch in Zukunft gefordert.

NEPAD will das zivilgesellschaftliche Engagement unterstützen und Partizipation auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens erreichen. Es liegt in der Logik dieses Ansatzes, dass NEPAD auch eine Ländergrenzen über-

schreitende kritische Begleitung aus dem Raum von Wissenschaft und Gesellschaft vorsieht. Nicht die Europäer oder US-Amerikaner, auch nicht die internationalen Organisationen, sondern die afrikanischen Nachbarn sind im Rahmen des so genannten „Peer Review Mechanism“ zur wechselseitigen kritischen Beobachtung nationaler Politiken aufgerufen. Bischof Bemile ist im Nationalen Rat Ghanas an dieser gegenseitigen Selbstkontrolle beteiligt. Ghana ist, wie wir gehört haben, geradezu ein Musterfall. Ganz anders sieht es hingegen in Zimbabwe aus.

Zimbabwe befindet sich in einem Zustand der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Krise. Das Land ist in jeder Hinsicht heruntergewirtschaftet. Die Kirchen sind im Augenblick die einzigen Kräfte, die das Abgleiten der Bevölkerung in totale Hoffnungslosigkeit verhindern können. So wurde am Gründonnerstag dieses Jahres landesweit ein Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz verlesen, der die Verhältnisse im Land mit großer Offenheit kritisiert. Auch die kontinentale Bischofskonferenz SECAM hat sich jüngst zu Wort gemeldet. In einer Botschaft vom 26. März 2007 fordern die Bischöfe die Afrikanische Union und die Staaten der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt und Blutvergießen in Zimbabwe zu verhindern. All dies kann man aus europäischer Sicht nur unterstreichen. Die deutsche Bischofskonferenz hat von Reute aus eine Solidaritätsadresse an die Bischofskonferenz in Zimbabwe gesandt. Über all das hinaus ist aber sicherlich auch nach den Möglichkeiten der internationalen Staatengemeinschaft zu fragen. Kann die deutsche Bundesregierung die besondere Rolle, die sie derzeit in der Europäischen Union und unter den G8-Staaten inne hat, nutzen, um eine schlüssige und effektive internationale Politik zur Überwindung der Krise in Zimbabwe und im Sudan auf den Weg zu bringen? Wir hoffen ja und beten darum.

Die Probleme in Afrika sind groß, aber lösbar. Christen sind Menschen der Hoffnung. Für uns gibt es keine „hoffnungslosen Fälle“. Für Afrika sind die Anstrengungen aller gefordert und lohnenswert. Afrika ist zu einem Schwerpunkt beim G8-Gipfel in Heiligendamm erklärt worden. Gott sei Dank! Jetzt müssen alle Kräfte mobilisiert werden, dass dieser Initiative Erfolg beschieden wird.

2. Sicherheit und Konfliktregulierung

2.1 Zentrale Aussagen des Panels

Zivilen Ansätzen und Strategien für Krisenprävention und Konfliktlösung galt das Interesse dieses Panels. Diskussionsteilnehmer waren Reverend Oliver Kisaka Simiyu, stellvertretender Generalsekretär des National Council of the Churches of Kenya, Dr. Bernhard Moltmann, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE und Gastforscher an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Oberstleutnant Charles Orlianges, französischer Austauschoffizier im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung sowie Dr. Christian Ruck, Mitglied des Deutschen Bundestags und entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Moderiert wurde die Runde von Dr. Corinna Hauswedell, Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Loccum.

Oliver Kisaka stellte die Konflikte in Afrika in einen historischen Zusammenhang und machte auf die noch nicht vollendete, kurze Phase der Herausbildung von Nationalstaaten aufmerksam: „Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es noch keine 45 Jahre her ist, seit die Kenianer ihre Unabhängigkeit durchsetzten. In den vergangenen 45 Jahren haben die verschiedenen Völker und ethnischen Gruppen in Afrika miteinander darum gerungen, welches das beste System der Regierungsführung für sie in den Ländern ist, deren Grenzen nicht von ihnen festgelegt worden waren.“ Während jedoch viele Regierungen afrikanischer Länder dazu neigten, Probleme militärisch oder mit Instrumenten der Sicherheitspolitik zu lösen, bemühte sich der Nationale Kirchenrat von Kenia um Lösungsansätze, die dem sozialen Charakter von Konflikten Rechnung trügen. Schließlich gehe es nicht um Auseinandersetzungen mit klaren Frontlinien, an denen sich Armeen gegenüber ständen: „Wir reden nicht über Armeen, die einander bekämpfen, wir sprechen von Menschen, die über Ressourcen miteinander in Konflikt geraten, weil sie eben diese Ressourcen für das Überleben brauchen.“

Auf eine grundlegende anthropologische Dimension im Handlungsfeld von Frieden und Konflikt machte Bernhard Moltmann in seinem Beitrag aufmerksam: „Niemand kann den Frieden für andere bewerkstelligen. Die

Menschen müssen den Frieden selber machen. Frieden wächst zwischen Menschen und ihren Gemeinschaften." Kirchen und kirchliche Dienste zielten in ihrem Handeln vor allem auf „strukturelle Gewaltprävention, nämlich auf Schritte, um Gewaltausbrüchen vorzubeugen, Rückfälle in Gewalt zu verhindern und deren Verhärtung in Feindseligkeiten abzubauen." Zur Rolle der Religion als Konfliktfaktor verwies er auf die "Ambivalenz des Heiligen", die er - übertragen auf Konflikte - so zusammenfasste: "Religion ist zwar Sachwalter kollektiver Gefühlswelten, emotionaler Haushalte und ist insofern offen für die Instrumentalisierung durch anders gesteuerte Interessen. Aber sie selbst verfügt auch, wie wir aus dem Versöhnungsgeschehen wissen, über Potenziale, Gewalt und Konflikte zu überwinden."

Charles Orlianges untersuchte das Verhältnis ziviler und militärischer Beiträge in Fragen der Sicherheit und hob die Bedeutung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Militär hervor, der "zentral ... für den Erfolg von Krisenprävention, von Krisenlösungen" sei. Er machte auf die häufig ambivalente Rolle des Militärs in Afrika aufmerksam: "Die Militärs sind vor Ort nicht nur, wie wir hier in Europa davon ausgehen, Teil der Lösung, sondern manchmal auch Teil des Problems." Zugleich beschrieb er die Veränderungen, die er bei verschiedenen Operationen unter dem Dach der Europäischen Union und der Vereinten Nationen in den letzten Jahren wahrgenommen habe. „Im Krisenmanagement“, so führte er aus, „soll grundsätzlich zivil-militärisch gedacht und gehandelt werden, denn militärische Einsätze mit mangelnden zivil-komplementären Ansätzen greifen eindeutig zu kurz. Nur Hand in Hand mit sich ergänzenden zivilen und militärischen Beiträgen sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene kann man heute in der Krisenbewältigung erfolgreich sein.“ Große Beachtung schenkte Orlianges den Bemühungen der Afrikanischen Union zur Schaffung einer Sicherheitsarchitektur. Das ehrgeizige Ziel der Afrikanischen Union, eigenständig im Feld von Krisenprävention und Konfliktlösung zu agieren, verdiene volle Unterstützung der Europäischen Union. Die Hilfe Europas könne jedoch nur dann wirksam werden, wenn sie mit einer politischen Perspektive verbunden sei.

Christian Ruck verwies, wie schon Oliver Kisaka, auf die historischen Vorbelastungen Afrikas: "Afrika hat keine Zeit gehabt, seine Staatlichkeit herauszubilden, so wie wir in Europa, die wir ja auch lange Zeit gebraucht

haben, bis sich eine politische Kultur, ein institutionelles Gewissen herausgebildet hat.“ Wenn es jetzt um die Überwindung von „bad governance“ gehe, spiele NEPAD eine gewichtige Rolle. Er selbst habe NEPAD anfangs kritisch gesehen, sich auf einer Reise in Ghana aber davon überzeugt, "dass das ein Prozess ist, der wirklich unten ankommt". NEPAD spiele eine große Rolle, wenn es darum gehe, wie Afrika „sich selbst am besten in einer afrikanischen Form von good governance organisiere, national und regional“. Ruck erweiterte die Diskussion um den Aspekt deutscher Interessen in Afrika, deren Definition zu lange unterblieben sei, jetzt aber Teil einer breiter – europäisch und darüber hinaus – abgestimmten Strategie werden müsse. Dass dieser Prozess voran komme, sei eine klare Erwartung an Heiligendamm

2.2 Redebeiträge

Oliver Kisaka Simiyu:

Der Beitrag der Kirchen zur Konfliktbearbeitung in Kenia

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die die Entwicklung Afrikas entscheidend bestimmt haben und die Afrika weiterhin prägen. Sklaverei und Kolonialismus sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig, denn wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es noch keine 45 Jahre her ist, seit die Kenianer ihre Unabhängigkeit durchsetzten. Wir sollten uns daran erinnern, dass andere Länder Jahrhunderte gebraucht haben, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme zu entwickeln. Ich glaube darum nicht, dass Afrika in Bezug auf die eigene Entwicklung und das eigene Management versagt hat. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass in den vergangenen 45 Jahren die verschiedenen Völker und ethnischen Gruppen in Afrika miteinander darum gerungen haben, welches das beste System der Regierungsführung für sie in den Ländern ist, deren Grenzen nicht von ihnen festgelegt worden waren. Dieses Ringen um die für Afrika richtigen Modellen sind Prozesse, die im Leben der Afrikanerinnen und Afrikaner sehr real sind.

Wenn ich also über Konflikte in Afrika spreche, bitte ich Sie, dieses vor dem Hintergrund zu hören, dass die Völker Afrikas vor großen Herausforderungen stehen, wenn sie versuchen, die traditionellen Systeme der ethnischen Gruppen mit den Vorstellungen einer "nationalen Demokratie", einer "nationalen Gesellschaft" zu verschmelzen, in der man von Parlamentariern vertreten wird und in einem Parlament Entscheidungen gefasst werden, die sich auf das Leben aller Menschen im Land auswirken. Solche tiefgreifenden Wechsel lösen sehr unterschiedliche, oft auch destruktive Dynamiken aus; Dynamiken, die die Grundlagen des Lebens in Frage stellen, aber die auch dazu herausfordern darüber nachzudenken, was gemacht werden kann, damit das Land das beste System der Selbstverwaltung bekommt.

Zugleich ist Afrika in ein internationales Umfeld eingebunden, das sehr weit fortgeschritten ist. Die anderen Staaten haben ihre Systeme der Wirtschaftsentwicklung, ihre politischen Systeme und die Art, wie sie Bezie-

hungen untereinander unterhalten, inzwischen perfektioniert. Bevor die Afrikaner wussten, welchen Wert Diamanten haben, wussten das andere schon. Andere wussten schon, was der Wert von Gold, Öl, Diamanten und all der Rohstoffe ist, an denen Afrika so reich ist. Sie kamen nach Afrika mit dem Anspruch, es zu entwickeln. Die Afrikaner entdeckten erst viel später, dass sie Verträge unterschrieben hatten, die sie für die nächsten hundert Jahre binden, so dass das Gold den Kontinent verlässt und außerhalb ihrer Reichweite gerät.

In seinem Bericht "An Agenda For Peace" von 1992 hat der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali die Ursachen für Konflikte und Kriege in der heutigen Welt beschrieben und in Bezug auf die heftige neue Obsession mit Fragen von Nationalismus und Souveränität festgestellt: "Die Gemeinschaft der Staaten wird bedroht durch brutale ethnische, religiöse und sozio-kulturelle Auseinandersetzungen". Er wies zugleich darauf hin, dass die eigentlichen Ursachen von Konflikten in wirtschaftlicher Verzweiflung, sozialer Ungerechtigkeit und politischer Unterdrückung liegen. Die gleichen Konfliktursachen, die Boutros Boutros Ghali zwischen Staaten identifizierte, bestehen auch innerhalb von Nationen. Es sind die Probleme, vor denen Friedenserhaltung, humanitäre Hilfe, Wahlbeobachtung und Bemühungen, das Recht durchzusetzen, stehen, wenn es um erbitterte interne Auseinandersetzungen geht und es keine klaren Frontlinien gibt. Mit anderen Worten: Die Konflikte in Afrika sind nicht von der Art, dass eine Armee gegen eine andere aufgestellt ist. Es sind Volksgruppen, die im gleichen Umfeld leben und die noch darum ringen, wie sie zusammen leben können. Aber noch während sie darum ringen, treten sie in Konkurrenz zueinander, denn sie haben das Gefühl, dass die andere Gruppe die eigene Existenz bedroht. Dieser Wettbewerb um existenzielle Ressourcen liegt vielen Konflikten zugrunde, die wir heute sehen. Wir reden nicht über Armeen, die einander bekämpfen, wie sprechen von Menschen, die über Ressourcen miteinander in Konflikt geraten, weil sie eben diese Ressourcen für das Überleben brauchen.

Wir können drei wichtige Realitäten menschlicher Konflikte unterscheiden: Zunächst gilt, dass alle Menschen in einem globalen Dorf leben. Keine Gemeinschaft auf dieser Welt ist so isoliert, dass ihre internen Konflikte keine Konsequenzen für den Rest der Welt hätten. Darum können wir es

nicht vermeiden, uns mit Konflikten zu befassen, die an irgendeinem entfernten Ort in dieser Welt stattfinden, denn sie werden auf die eine oder andere Weise auch auf uns einwirken. Keine Gemeinschaft ist isoliert. Zum zweiten wird deutlich, dass keine Macht der Welt die Fähigkeit hat, menschliche Konflikte alleine und isoliert zu bearbeiten. Wir müssen zusammen arbeiten, wenn wir Gewaltkonflikte vermeiden wollen. Und drittens schließlich gilt, dass alle Konflikte mit Fragen der Regierungsführung zusammenhängen. Dies schließt sowohl ein, wie Gesellschaften regiert werden als auch, wie die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihren eigenen Kontext übernehmen.

Welche internen oder externen Konflikte hat nun Kenia erlebt? Werfen wir einen Blick auf die letzten etwa 100 Jahre. Der Kolonialismus wurde ja schon erwähnt. Kolonialismus hat den Menschen hochwertiges Land geraubt. Als die Menschen an dem Punkt angekommen waren, dass sie nicht länger überleben konnten, haben sie den Kampf gegen die Kolonialisten aufgenommen. Von dem Mau-Mau-Aufstand in Kenia haben Sie sicherlich gehört. Es war ein bewaffneter Aufstand, bei dem es anfänglich darum ging, das Land von den weißen Siedlern zu befreien. Es wurde dann eine bewaffnete Bewegung für Unabhängigkeit. Der nationale Kirchenrat war nicht gegen den Kampf für die Unabhängigkeit, er war aber überzeugt, dass die Mau-Mau-Bewegung nicht die richtige Methoden anwandte. Die Mau-Mau-Bewegung betrachtete aber jeden Afrikaner, der sie nicht unterstützte, als Kollaborateur mit den Kolonialisten. So fand sich der nationale Kirchenrat in Kenia gleich zu Beginn in einer schwierigen Situation. Aber er stellte sich dem Problem. Gemeinsam mit seinen Mutterkirchen in Westeuropa, insbesondere in England, gelang es ihm, eine Vermittlung einzuleiten. Die Verhandlungen beendeten den Ausnahmezustand, der in Kenia zwischen 1952 und 1956 herrschte.

Ein weiteres Problem, dem sich der NCCCK stellte, waren die Auswirkungen des Kalten Krieges in Kenia. Dieser Kalte Krieg half Regierungen, die in keiner Weise legitimiert waren, lange Jahre an der Macht zu bleiben. Das war auch in Kenia der Fall. Innerhalb unseres Landes hatten wir ethnische Vielfalt und Konflikte zwischen den Volksgruppen, wir haben Armut, und wir haben Bevölkerungszunahme. All das trug auf unterschiedliche Art und Weise zu Konflikten bei.

Wie hat der NCKK darauf reagiert? Was hat er geleistet? In all den Konflikten, die Kenia erlebt hat, hat der NCKK staatsbürgerliche Bildungsarbeit geleistet und die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte, aber auch über ihre Pflichten als Bürger einer nationalen Gesellschaft aufgeklärt. Der NCKK hat auf die Herrschenden und Mächtigen Einfluss genommen und sie herausgefordert, sich den Prinzipien guter und verantwortlicher Regierungsführung zu unterwerfen. Er hat Nothilfe geleistet, wenn Menschen durch gewaltsame Konflikte ihre Existenz verloren hatten. Und der Kirchenrat hat sich in langfristiger Entwicklungsarbeit engagiert.

Wann immer ein Konflikt Menschen aus ihren Dörfern und Städten vertrieb, engagierte sich der NCKK mit Nothilfe und versuchte, die Lage zu de-eskalieren und die Probleme zu lösen. Wann immer Konflikte entstanden, weil die Regierung oder Behörden ihre Pflichten nicht erfüllten, intervenierte der NCKK und übte Druck aus, eine bessere Politik zu machen. Und wann immer der NCKK den Eindruck hatte, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung als Kenianerinnen und Kenianer nicht wahrnahmen, engagierten wir uns mit staatsbürgerlicher Bildungsarbeit und klärten die Menschen über ihre Rechte und Pflichten auf.

Wir können beobachten, dass Regierungen in Afrika dazu neigen, auf Probleme militärisch, jedenfalls mit Sicherheitsinstrumenten zu reagieren. Das ist nicht unser Ansatz. Für uns sind Probleme Teil sozialer Prozesse, es sind psychologische, emotionale, zutiefst menschliche Prozesse. Eine dauerhafte Lösung eines Konflikts erfordert daher Veränderungen von Einstellungen und Haltungen, sie erfordert Heilung und Vergebung.

Dieses sind bleibende Herausforderungen, insbesondere auch für die Kirchen. Kenia befindet sich immer noch in den Anfängen einer schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation. Seit der letzten Wahl wurde das Regierungssystem Kenias entscheidend verbessert. Die Regierenden bemühen sich um Transparenz, sie bekämpfen die Korruption. Da gibt es noch keine ausreichenden Erfolge, aber Schritte in die richtige Richtung. Damit die Entwicklung weiter vorangeht, müssen sich die Kenianer selbst in ihren Angelegenheiten engagieren. Die Bürger müssen ihre Regierung herausfordern, gute Regierungsarbeit zu leisten.

Der NCCK und andere Organisationen müssen ihrerseits die Bürgerinnen und Bürger ermutigen und befähigen, ihre Rolle gut zu spielen. Dafür brauchen wir die Partnerschaft mit Europa, die Partnerschaft mit Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa.

Bernhard Moltmann:

Niemand kann den Frieden für andere machen

Sie haben mit mir jemanden eingeladen, der von Außen kritisch auf das blickt, was kirchliche Organisationen, Werke und Verbände tun. Ich bitte deshalb alle Expertinnen und Experten hier im Raum, es mir nachzusehen, wenn ich etwas verkürzt oder eigenwillig sage, was Sie vermutlich besser wissen.

Ich habe mir überlegt, wie ein Werbespruch für all das lauten könnte, was Christen und Kirchen, als Individuen und in Organisationen, tun. Er könnte heißen: „Um Gottes willen – für Dich und Andere!“. Dieser Werbeslogan enthält drei, mir wichtige Elemente. Als erstes benennt er eine Motivation, nämlich dass sich alles, was man unternimmt, auf ein Wissen von Schuld und Verantwortung stützt. Dieses Handeln ist auf Hoffnung gerichtet, auch wenn man scheitert. Das zweite Element bezieht sich darauf, dass alles, was Christen und Kirchen tun, einen konkreten Adressaten hat. Man hat Partner in seinem Tun. Christen und Kirchen gehen mit Menschen um. Sie handeln nicht mit Staaten, sie handeln nicht um Territorien, sie handeln nicht mit Machtapparaten. Alles, was Christen und Kirchen unternehmen, stützt sich auf Partnerschaften und Anerkennung und damit auf Loyalitäten jenseits von Staatlichkeit und Nation oder von partikularen Interessen wie wirtschaftlichen Anliegen.

Das dritte Element gilt der Reflexivität. Das heißt, dass alles, was wir für andere unternehmen, auch für uns selbst geschieht. Alles, was nach Außen gerichtet ist, kehrt zum Akteur zurück. Mit Recht haben die afrikanischen Teilnehmer an diesem Forum auf die Hinterlassenschaften des Kolonialismus und der Sklaverei hingewiesen, deren Schatten noch heute die Entwicklungsperspektiven trüben. Derzeit sind die Engländer einem stolzen Taumel über die Abschaffung der Sklaverei vor 200 Jahren verfallen und feiern dies als große menschliche Errungenschaft. Sehr viel schwerer fällt es der britischen Gesellschaft, sich die Hypotheken zu vergegenwärtigen, die sie den Erben der Ausbeutung beschert haben. In den USA war es 1869, als nach einem bitteren und blutigen Bürgerkrieg das Ende der Sklavenwirtschaft erreicht wurde. Doch noch heute augenfällige Diskriminierungen von Nachkommen versklavter Menschen doku-

mentieren, wie stark die historische Periode der Unterdrückung noch gegenwärtig nachwirkt. In Brasilien, einer anderen großen Sklavenwirtschaft, ist die Sklaverei erst 1888, also vor 120 Jahren aufgehoben worden. Wie auch immer, früheres Handeln lässt sich nicht tilgen und kehrt in der einen oder anderen Form zurück.

Christliches Friedenshandeln hat zwei Voraussetzungen zu berücksichtigen: Zum einen wird deutlich, dass niemand den Frieden für andere bewerkstelligen kann. Die Menschen müssen den Frieden selber machen. Frieden wächst zwischen Menschen und ihren Gemeinschaften, in ihren Gesellschaften. Wenn Hilfe von Außen kommt, so kann sie beitragen, Frieden zu ermöglichen. Dabei ist allerdings das Prinzip des geringsten Eingriffs in Rechnung zu stellen, also kurz: möglichst wenig von Außen und möglichst viel von Innen. Jeder Beitrag von Außen wird sich Zielkonflikten gegenübersehen, die mit ihm verbunden sind: Was nützen die elegantesten Demokratiekonzepte und Wahlmechanismen, wenn keine Sicherheit gewährleistet ist? Was nützt aber auch politische Stabilität, wenn diese Resultat totalitärer oder autoritärer Herrschaft ist? Dagegen steht das Leitbild vom „gerechten Frieden“ mit seinen Komponenten „Wahrheit“, „Recht“ und „Vertrauen“, gepaart mit menschlicher Sicherheit und Zukunftsperspektiven.

Zum anderen bewegt sich christliches Friedenshandeln auf der Ebene, wo Menschen zu finden sind, die unter Misserfolgen von Entwicklung und den Konsequenzen von Gewalt zu leiden haben. Hier gilt es, die der Repression eigenen Rationalitäten zu erkennen. Jedes Vorgehen gegen Gewalt hat dabei anzusetzen, sie unattraktiv zu machen. Soll der Modus gewaltförmigen Umgangs zwischen Menschen, Gemeinschaften und Gesellschaften unterbrochen werden, sind attraktivere Verfahren anzubieten, um Interessen zu vertreten und auf Vereinbarkeit abzuklopfen. Und es muss deutlich werden, dass Menschen und Institutionen, die weiterhin Gewalt anwenden, unter dem Recht stehen und Sanktionen zu befürchten haben. Und schließlich müssen auch Gewaltmittel eliminiert werden, wie später mit Herrn Orlianges zu besprechen sein wird. Bei aller möglichen positiven Bewertung der Rolle von Streitkräften in Konflikten und Nachkonfliktsituationen wird meines Erachtens immer noch zu wenig getan, um Gewaltmittel einzusammeln und zu zerstören sowie die destruktiven Folgen ihrer Verbreitung zu heilen.

Zusammengefasst: Christen, kirchliche Werke und Dienste zielen auf strukturelle Gewaltprävention, nämlich auf Schritte, um Gewaltausbrüchen vorzubeugen, Rückfälle in Gewalt zu verhindern und deren Verhärtung in Feindseligkeiten abzubauen.

Um den Zusammenhang zwischen Religion und Konflikt zu erhellen, ist ein Stichwort hilfreich, das der amerikanische Religionssoziologe R. Scott Appleby geliefert hat. Er spricht von der „Ambivalenz des Heiligen“ (ambivalence of the sacred). Damit soll ausgedrückt werden, dass das, was wir Religion oder das Heilige nennen, zumindest zwei Seiten hat – eine positive und eine negative. Die positive Seite des Heiligen ist, dass es dabei hilft, mit Leiden und Unvollkommenheit zurechtzukommen oder zumindest nicht daran zu zerbrechen. Stattdessen besteht immer die Hoffnung auf das Vollkommene. Religion artikuliert die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und einer nicht zwanghaften Ordnung. Ein zweiter, positiv zu bewertender Gesichtspunkt kommt hinzu: In gesellschaftlichen Zusammenhängen stiftet Religion Bewusstsein und Ausdrucksformen von Identität. Menschen finden sich über die Religion und ihre Ausübung in Gemeinschaften, und dies gerade, wenn Gesellschaften zerrissen sind und keine übergreifenden kollektiven Formen der Vergesellschaftung bestehen.

Eng mit dem Gesichtspunkt der Bildung von Identitäten ist die mögliche negativ zu bewertende Seite der Religion verbunden: Religionen fördern dualistische Weltwahrnehmungen oder Weltbilder, indem sie lehren, zwischen Gut und Böse zu scheiden. Religion hat eine große Wirkungsmacht, wenn es darum geht, Wahrnehmungen zu reduzieren und komplexe Wirklichkeiten mit einfachen Maßstäben zu beurteilen. Religion begünstigt den Ausschluss, die Exklusion von anderen Menschen und abweichenden Haltungen. Religion kann Intoleranz fördern und gruppenbezogenen Hass (engl.: sectarianism) stützen. Die Verhältnisse in Nordirland illustrieren dies drastisch. Damit einhergehend birgt Religion stets Potential für Gewalthandlungen, indem sie den Einsatz von Gewaltmitteln legitimieren, um die eigene Wahrheit durchzusetzen und Opferleistungen zu stilisieren. Der Täter wird zum Opfer, weil er selbst eine gerechtfertigte Opferleistung erbringt. Und schließlich – dass sollte auf einem kirchlichen Forum nicht verhehlt werden, ist Religion eine zentrale Bastion für jede Form von Fundamentalismus, indem sie ahistorische Deutungen der Wirk-

lichkeit propagiert, und zwar mit dem Anspruch, alle menschlichen Lebensbereiche regulieren zu wollen.

Trotz aller Ambivalenzen der Religion finden sich in der seriösen Forschung keine Belege dafür, dass Religion Konflikte verursacht. Was jedoch der Religion zugeschrieben wird, ist, dass sie vorhandene Konfliktkonstellationen zuspitzt und den Modus, sie auszutragen, radikalisiert. Religion ist zwar Sachwalter kollektiver Gefühlswelten, emotionaler Haushalte und ist somit offen für die Instrumentalisierung durch anders gesteuerte Interessen. Aber sie selbst verfügt auch, wie wir aus dem Versöhnungsgeschehen wissen, über Potenziale, Gewalt und Konflikt zu überwinden.

Charles Orlianges:
Zivile und militärische Akteure zwischen Distanz
und Kooperation

Das heutige Thema ist aus meiner Sicht besonders wichtig, weil Dialog und Vertrauen zwischen Zivilgesellschaft einerseits und Militär andererseits zentral für den Erfolg von Krisenprävention und Krisenbewältigung sind. Leider gibt es noch zu viele Vorurteile und Schwierigkeiten, besonders in Afrika, um das notwendige Maß an Vertrauen zu erreichen. Das sollte man nicht unterschätzen. Die lokalen Militärs sind vor Ort nicht nur, wovon wir hier in Europa meist ausgehen, Teil der Lösung, sondern manchmal auch leider Teil des Problems. Von dieser Tatsache müssen wir ausgehen und auch daran arbeiten, natürlich in Partnerschaft mit den afrikanischen Streitkräften, die sich entsprechend reformieren müssen.

Im Bereich des Krisenmanagements haben alle europäischen Nationen, die über Afrika- Erfahrung verfügen, festgestellt, dass aufgrund der Geschichte einige Ergebnisse bilateral schwieriger zu erreichen sind als im internationalen Rahmen. Eine zu breit angelegte Multinationalität hat aber auch Nachteile, und einige UN-Einsätze haben leider bereits ihre Grenzen gezeigt. Nur mit gegenseitigem Vertrauen und in enger Abstimmung kann eine effiziente Zusammenarbeit im Krisenmanagement stattfinden.

Deswegen ist es besonders wichtig, dass die EU Mitgliedstaaten, die über dieselbe Werteorientierung verfügen, eine gemeinsame EU-Afrikastrategie Ende 2005 abgestimmt haben. Eine solche Strategie, die einen wichtigen Anteil „Frieden und Sicherheit“ beinhaltet, hat den ersten Rahmen für die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft gesetzt. Sie durfte aber nicht einseitig von Europäern für die Beziehungen der EU zu Afrika geschrieben werden. Inhalte dieser strategischen Partnerschaft werden derzeit eng zwischen Brüssel und Addis-Abeba abgestimmt. Dieser Prozess soll in eine neue gemeinsame EU-Afrikastrategie münden, die im Dezember 2007 durch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) in Lissabon verabschiedet werden soll. So wird auf höchster politischer Ebene versucht, die Probleme gemeinsam und multilateral anzugehen. Wir haben gehört, dass die Afrikanische Union und weitere Initiativen wie NEPAD bzw. APRM in erster Linie den Willen

der Afrikaner reflektieren, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Genau diese Stärkung der afrikanischen Eigenverantwortung wollen wir als Europäer mit einer gemeinsamen Strategie und mit konkreten Maßnahmen begleiten. In der EU gibt es dazu Strategien und Konzepte, deren konkrete Umsetzung durch zivile Missionen, militärische Operationen und auch zivil-militärische Unterstützungsmaßnahmen in Afrika seit 2003 stattfindet.

Während seiner EU-Ratspräsidentschaft hat Deutschland Beiträge in dieser Richtung geleistet. Deutschland handelt in diesem Sinne nicht nur im EU-Rahmen, sondern engagiert sich auch innerhalb der G-8 und in Unterstützung der Vereinten Nationen.

Auf nationaler Ebene achtet die Bundesregierung darauf, dass ihre Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs besser miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt ist. Die Krisenprävention wird sogar als eine breit angelegte, ressortübergreifende Querschnittsaufgabe betrachtet, die zunehmend auch andere Politikbereiche, vor allem die Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik fordert. In diesem Sinne wurde am 12. Mai 2004 ein Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschlossen, der eine kohärente Handlungsweise der Bundesregierung mit regelmäßigen Abstimmungen sicherstellt und die Entschlossenheit bekräftigt, deutsche Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung vor allem in Transformations- und Entwicklungsländern schrittweise stärker präventiv auszurichten und dadurch wirksamer und nachhaltiger zu gestalten. Durch mehr und breiter angelegte Prävention soll das Risiko krisenhafter Entwicklungen und damit die Notwendigkeit insbesondere militärischer Krisenreaktion vermindert werden.

Im Krisenmanagement soll, wie gesagt, grundsätzlich zivil-militärisch gedacht und gehandelt werden, denn militärische Einsätze mit mangelnden zivil-komplementären Ansätzen greifen eindeutig zu kurz und können unter Umständen in eine manchmal sogar schlechtere Situation münden. Nur Hand in Hand mit sich ergänzenden zivilen und militärischen Beiträgen sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene kann man heute in der Krisenbewältigung erfolgreich sein. Gerade dort liegt aus meiner Sicht der größte Mehrwert der Europäischen Union, die eigentlich aus einer rein

zivilen wirtschaftlich orientierten Organisation entstanden ist und sich schrittweise als sicherheitspolitischer Akteur etabliert hat.

Wir haben alle die Römischen Verträge noch in Erinnerung, deren 50-jährige Existenz vor einigen Wochen gefeiert wurde. Im Vergleich dazu ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die erst seit neun Jahren existiert, noch in Aufbau. In diesem Bereich wird versucht, allmählich die militärische Dimension in der EU zu entwickeln, mit allerdings eigenen Strukturen und Mechanismen. Das ist nicht einfach. Die EU-Kommission agiert zwar in den Bereichen der Krisenprävention, Entwicklung, Stabilisierung und Wiederaufbau, sie hat jedoch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Zuständigkeit. Wir sind da im rein inter-gouvernementalen Bereich und die Mitgliedstaaten bestimmen selbst, nach dem Einstimmigkeitsprinzip, was zu leisten ist und wie es geleistet wird.

Dieses Konstrukt nebeneinander stehender Säulen (die Kommission als erste Säule und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, darunter die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, als zweite Säule) verursacht leider einige EU-interne Koordinierungsschwierigkeiten zwischen dem Ratssekretariat und der Kommission, insbesondere weil die Entscheidungsverfahren und Finanzierungsmöglichkeiten unterschiedlich sind. Dieses soll sich allerdings mit der Überarbeitung der EU-Verträge demnächst verbessern.

Darüber hinaus sind die Herausforderungen meistens grenzüberschreitend und es reicht nicht, an einen Konflikt mit lokalen Lösungen heranzugehen. Regionale Ansätze sind daher notwendig, um die Situationen richtig zu beurteilen und Problemen effizient zu begegnen. Man kann Konflikte nicht in einem Land lösen, wenn die Nachbarländer Interessen haben entweder an einer Fortführung des Konfliktes oder an Ressourcen dieses Landes. Sowohl die Afrikanische Union als auch die Europäische Union haben m. E. diese regionale Dimension des Krisenmanagements richtig erkannt.

Ich habe bereits erwähnt, dass die EU-Mitgliedstaaten wählen können, wie sie mit Einsätzen operativ handeln; einige militärische Einsätze sind Ihnen sicherlich bekannt, sie waren besonders öffentlichkeitswirksam. Mit der Operation „ARTEMIS“ fand bereits im Jahr 2003 eine militärische Ope-

ration der EU in Bunia (Ostkongo) statt. Die zweite militärische Operation der EU in Afrika während der Präsidentschaftswahl in der Demokratischen Republik Kongo im zweiten Halbjahr 2006 wurde in Deutschland besonders thematisiert aufgrund der unmittelbaren Beteiligung der Bundeswehr mit ca. einem Drittel der Kräfte im Einsatz. Diese Operation „EUFOR RD Congo“ wurde überwiegend in Kinshasa sowie mit Truppenteilen in Gabun durchgeführt. Für die militärstrategische Planung und Führung der Operation hat Deutschland sein EU-Operationshauptquartier in Potsdam gestellt.

Diese Operation „EUFOR RD Congo“, deren Ziel die Sicherung der Stabilität der Demokratischen Republik Kongo während dieser kritischen Phase von vier Monaten war, in denen die Präsidentschaftswahl und die Abgeordnetenwahlen stattfanden, war besonders wichtig für die Demokratisierung und Stabilisierung dieses Landes und wurde erfolgreich abgeschlossen.

Man kann es sicherlich als Erfolg der internationalen Gemeinschaft betrachten, dass unter VN-Mandat ein Prozess der Stabilisierung und der Demokratisierung eines Landes mit der Unterstützung der EU friedlich verlaufen konnte. Damit will ich nicht sagen, dass solche Operationen die Musterlösung für alle Probleme sein können und dass alle Schwierigkeiten im Kongo gelöst sind, das wäre viel zu blauäugig. Es gibt noch viel zu tun, dies ist aber nicht nur Auftrag des Militärs, wie ich es schon erwähnt habe. Nichtsdestoweniger war dieser Beitrag aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung, um die Gewinne der Investitionen in die Vorbereitung der Wahlen zu sichern und die Versuche dieses Landes zu begleiten, auf den Weg des Dialogs und der Demokratie zu gelangen, ohne zu Chaos und Auseinandersetzungen zurückzukehren.

Man arbeitet immer für die Zivilgesellschaft, wenn man Sicherheit schafft. In diesem Sinne gibt es weitere operative Maßnahmen der EU, die aber genauso sicherheitspolitisch relevant sind wie militärische Einsätze. Es geht auch um Polizei- und Rechtsstaatsmissionen, die zum Krisenmanagement insgesamt beitragen. In Afrika hat die EU in der DR Kongo eine Polizeieinheit multi-ethnisch gestaltet und auch ausgebildet, die Ende 2006 einen eigenen Beitrag zur Stabilisierung der Wahlen in Kinshasa geleistet hat. Nun konzentriert sich diese Mission auf die Reform des Polizei- und Justizapparates. Eine zweite zivile Mission beschäftigt sich seit Juni 2005 mit der Sicherheitssektorreform innerhalb der Streitkräfte. Das

heißt, EU-Experten beraten auf der Ebene des kongolesischen Verteidigungsministeriums und der höchsten militärischen Behörden, sowie auf regionaler Kommandoebene bis zu den Stäben der multi-ethnisch integrierten Brigaden der kongolesischen Streitkräfte, die die UN-Mission MONUC durch die Eingliederung von entwaffneten ehemaligen Rebellen in „integrierte“ Verbände überführt hat. Es geht im Endeffekt darum, die lokalen Strukturen und Konzepte so anzupassen, dass das Militär soweit möglich internationalem Standard entspricht. Auch eine faire und regelmäßige Besoldung der Soldaten muss gewährleistet werden.

Die Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf die DR Kongo. Hervorheben möchte ich besonders das zivil-militärische Unterstützungskonzept namens RECAMP (Renforcement des Capacités Africaines de Maintien de la Paix), das seit 1998 erfolgreich in einem zweijährigen Rhythmus und in den verschiedenen Subregionalen Organisationen in Afrika Krisenmanagementübungen plant und durchführt. Nun werden diese Übungsreihen durch die EU zusammen mit Frankreich in unmittelbarer Unterstützung der bereits erwähnten „African Stand-by Force“ organisiert. Es werden viele Vertreter von internationalen Organisationen und Presse an Konferenzen und Seminare eingeladen und die lokale Zivilgesellschaft wird bei der Übungsgestaltung in den humanitären Aspekten des Übungsszenarios durch Gesundheits- und Entwicklungsprojekte unmittelbar eingebunden. Die Übung in 2006 diente zwar in erster Linie afrikanischen Stabsoffizieren der ECCAS (European Community of Central African States), die an der einen oder anderen Stelle Planungs- und Führungsaufgaben umsetzen müssen; aufgrund des Szenarios waren aber auch zahlreiche Vertreter der internationalen Organisationen und NGOs, insbesondere in Kamerun, anwesend. Es gab auch Projekte, die zur Kapazitätsbildung der Streitkräfte und zur Vertrauensbildung mit der Bevölkerung beitragen sollten und tatsächlich erfolgreich waren. Das hat man auch in der Presse und in der Wahrnehmung der Bevölkerung gespürt. Es geht vor allem darum, dass in dem Szenario alle Dimensionen des Konfliktes und des Peacekeepings im zivil-militärischen Bereich vorhanden sind.

Ich komme jetzt zur Frage der Unterstützung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Die EU hat im Rahmen ihrer Afrikastrategie damit begonnen, die Afrikanische Union direkt zu unterstützen. Die Afrikanische Union hat eine Vision entwickelt. Diese Vision stammt von den Afrikanern selbst,

die sich als Ziel gesetzt haben, alle Krisen auf ihrem Kontinent aus eigener Kraft zu lösen. Ich habe hier ein Zitat aus dem "Constitutive Act" der Afrikanischen Union im Bereich „Peace and Security“ vom Juli 2000, das die zwei Kernprinzipien der afrikanischen Solidarität verdeutlicht:

- „The right of Member States to request intervention from the African Union in order to restore peace and security“ – d.h. jedes einzelne afrikanische Land kann die AU zu Hilfe rufen – und - "The right of the African Union to intervene in a member state pursuant to a decision of the Assembly in response to grave circumstances, namely war crimes, genocide and crimes against humanity." – d.h. die AU kann selbst in gravierenden Situationen überall in Afrika intervenieren.

Solche Absichten und Visionen möchte die EU, unter anderen internationalen Organisationen (z.B. G8) konsequent unterstützen. Die AU versucht, bis 2010 die ersten Instrumente dafür zu schaffen und hat entschieden, eigene Krisenmanagementfähigkeiten aufzubauen, um diese positive Absicht zu verwirklichen. So soll eine „African Standby Force“ aufgebaut werden, die sich auf die AU und auf fünf ihrer regionalen wirtschaftlichen Organisationen stützt. Jede sog. subregionale Organisation soll eine Brigade mit Planungselementen und militärischen Kräften sowie zivilen Komponenten wie Polizei- bzw. Gendarmeriekräften stellen, um die Stabilisierungsaufgaben im Auftrag der AU zu leisten.

Dafür braucht die AU Unterstützung, Expertise und Geld. Sie braucht ferner Übungen und regelmäßigen Austausch mit europäischen Experten. Das findet jetzt statt. Ein EU-Konzept wurde dafür entwickelt. Es ist nicht einfach, Mittel hierfür zu mobilisieren und sich in der EU abzustimmen. Auch innerhalb der AU gibt es immer noch Probleme, z. B. politische Abstimmungsschwierigkeiten zwischen der AU und den regionalen Organisationen. Immerhin bleibt es ein Erfolg versprechender Ansatz. Wir sind weit von dem Ziel entfernt, dass die AU selber alle ihre Krisen bewältigt. Der mittel- und langfristige Aufbau von Fähigkeiten („Capacity building“) ist der Weg der Zukunft. Die Europäische Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 betont zurecht: „Die geeignetesten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte“. Es geht eigent-

lich um viel mehr als nur „Peacekeeping“. Man braucht auch eine politische Perspektive und eine enge zivil-militärische Koordinierung; ohne diese politische Perspektive und Zusammenarbeit ist kein Erfolg dauerhaft zu erreichen.

Christian Ruck:

Krisenprävention statt Krisenmanagement

Der Ausgangspunkt für meine Krisenanalyse ist die unbefriedigende Entwicklung des afrikanischen Kontinents, insbesondere südlich der Sahara. Eine unbefriedigende Entwicklung in punkto Armut, Krankheiten, Konflikte, und unbefriedigend im Vergleich auch zu anderen Kontinenten und Regionen der Entwicklungspolitik. Es gibt durchaus kolonial geprägte Regionen, die nach der Entkolonialisierung einen ähnlichen Start hatten wie afrikanische Staaten, die aber wesentlich weiter als diese vorangeschritten sind.

Der zentrale Begriff für die Gründe dafür ist schon genannt worden: bad governance; und es freut mich, dass es unsere afrikanischen Gäste waren, die ihn eingeführt haben. Das erleichtert mir die Sache etwas. Ich meine bad governance im doppelten Sinn: Erstens als Einstellung der regierenden Eliten zur Bevölkerung, d.h., mit welchem Ethos gehe ich als gewählte oder nicht gewählte Elite an meine Aufgabe heran, ein Land zu entwickeln? Auf der anderen Seite steht er als technischer Begriff, d.h. als das Fehlen von Kapazitäten des Staates, der Administration, des Justizwesens, einen Staat wirklich zu regieren und voran zu bringen.

Auch die Weltbank hat vor kurzem in einer Anhörung im Bundestag noch einmal gesagt: Es gibt einen sehr engen Zusammenhang zwischen Armutsbekämpfung und good governance bzw. bad governance, und das sieht man gerade in Afrika, wo es die meisten Fälle von bad governance bei afrikanischen Regierungen gibt.

Nun ist die Frage: Woher kommt das? Das hat natürlich verschiedene Ursachen, aber auf eine wichtige ist schon verwiesen worden: nämlich dass Afrika über mehrere Jahrhunderte von einer originären Entwicklung in besonderem Maße abgeschnitten war. Ohne die Phase kolonialer Dominanz hätte Afrikas Entwicklung in eine ganz andere Richtung geführt. So aber existiert kaum eine eigenständige afrikanische Tradition, die in eine demokratische Richtung weist und Antworten etwa auf folgende Fragen hat: „Wie kann ich einen Staat führen? Wie kann ich eine Gesellschaft organisieren? Wie kann ich auch Konflikte ausgleichen?“

Als Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der CDU/CSU haben wir vor zwei Jahren mit unseren Stiftungen ein Symposium gemacht zur Frage: Was waren die gesellschaftlichen und politischen Grundelemente afrikanischer Gesellschaften vor der Kolonialisierung? Wir haben dann diskutiert, ob es von diesen geschichtlichen Perspektiven her bestimmte Anforderungen oder Hinweise für die Gegenwart gibt, auch an unsere Entwicklungspolitik bzw. an das, was wir afrikanischen Kollegen als Ratschlag geben können.

Diese Hinweise haben wir mit afrikanischen Politikern wie z.B. dem Bruder von Präsident Mbeki diskutiert, das waren sehr kritische Leute. Wir sind bei der Analyse ein bisschen auf halbem Wege stecken geblieben, aber es war hoch interessant, was da herausgekommen ist. Zum Beispiel, dass es in früheren Gesellschaften keine Grenzen gab. Geografische Grenzen haben keine Rolle gespielt. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was passiert ist, nämlich völlig willkürliche Grenzziehungen.

Deswegen ist es richtig, was hier schon gesagt wurde: Afrika hat keine Zeit gehabt, seine Staatlichkeit herauszubilden, so wie wir in Europa, die wir ja auch lange Zeit gebraucht haben, bis sich eine politische Kultur, ein institutionelles Gewissen stabilisiert hat. Stattdessen wurde Afrika etwas übergestülpt.

Hinzu kommt, dass in dieser afrikanischen Gemengelage von außen im Trüben gefischt wird. Es gab und gibt weiterhin massive Einflussnahme von außen, entweder von Europäern oder Amerikanern und jetzt kommen noch die Chinesen hinzu. Da warne ich aber immer vor Krokodilstränen. Die Chinesen machen schließlich relativ offen, was andere weniger offen machen und wir sind da auch keine Heiligen.

Ein weiterer Punkt ist wichtig: Das Ende des Kalten Krieges hat dazu geführt, dass eine gewisse Disziplinlosigkeit ausgebrochen ist, weil sich keiner mehr an den Linien des Kalten Krieges orientieren musste und dadurch gedeckelte Konflikte aufbrachen. Deutschland hat sich in Bezug auf Afrika sehr zurückgehalten und auch keine spezifische Afrikastrategie entwickelt. Wir waren eingebunden in die Strategien des Kalten Krieges. Und nach dem Kalten Krieg hatten wir Deutsche auch keine Afrikastrategie in dem Sinne, dass wir sagten: Wir haben in Afrika definierte Interessen und die verfolgen wir auf entsprechende Weise.

Das – muss ich sagen - hat sich jetzt grundlegend geändert. Wir haben uns dazu bekannt, dass auch wir gewisse ökonomische Interessen in Afrika haben. Wir haben uns auch dazu durchgerungen, dass wir erhebliche Sicherheits- und Stabilitätsinteressen haben, und zwar mit aus dem Grund, der schon genannt wurde: Die Welt ist zum Dorf geworden, und selbst Konflikte in Afrika schlagen immer mehr auf Europa und auf Deutschland zurück. Wir haben humanitäre Interessen, aber das ist nichts Neues, die hatten wir früher im Rahmen der Entwicklungshilfe formuliert. Jetzt kommt - unter humanitären Gesichtspunkten - in Deutschland die Auseinandersetzung um Interventionen hinzu. Der klassische Fall war die Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag in den Parteien um den Kongo-Einsatz.

Es war interessant, was sich da abgespielt hat. Die Deutschen waren es nicht gewöhnt, auch nur daran zu denken, dass man Truppen, sogar mit einem eventuellen Kampfauftrag, nach Afrika sendet. Da war dann plötzlich die Frage nach der Strategie da. Wir können nicht einfach Soldaten irgendwohin senden, ohne dass wir sagen warum und was unsere Interessen sind. Diese Diskussion hat uns gezwungen, über Strategien nachzudenken. Der Ausgangspunkt war ein humanitäres Desaster mit den Massakern in Bunja. Aber die Begründung war nicht nur humanitär, sondern man hat auch ganz offiziell gesagt, es ist auch eine Angelegenheit der Stabilität und der Sicherheit. Der Kongo ist ein Sicherheitsrisiko, wenn der Reichtum in falsche Hände gerät. Und wir als Deutsche müssen doch ein Interesse daran haben, dass z.B. unsere Wirtschaftspartner in Südafrika oder anderswo nicht von einem auseinander fallenden afrikanischen Zentrum betroffen werden.

Damit sind wir bei der Strategie. Bei der Strategie, die jetzt auf dem G8-Gipfel eine Rolle spielen wird, stoßen wir auf die unterschiedlichsten Schwierigkeiten. Eine davon ist, dass wir überhaupt keine eigene Strategie mehr haben können. Dazu ist es zu spät. Wir brauchen zumindest eine europäische Strategie. Und wenn es um Rohstoffpolitik in Afrika geht, reicht auch eine europäische Strategie überhaupt nicht mehr aus, sondern dann brauchen wir einen gemeinsamen Verhaltenskodex mit anderen westlichen Nationen einerseits, aber auch mit neuen Spielern andererseits, weil schon von den Gebernationen eine die andere ausspielen kann. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.

Sinn der Sache ist es aber auch, dass wir angesichts der Entwicklungsdefizite die Afrikaner stärker fragen, was sind denn eure Lösungen - wir helfen euch dabei, sie dann umzusetzen. Das ist der Stand der Diskussion, aber ich kann nicht sagen, dass wir, gerade was unsere Politik gegenüber Afrika anbelangt, schon so weit sind. Ob wir das bis Heiligendamm alles schaffen, weiß ich nicht.

Zu Heiligendamm haben wir als Union die Forderung nach einem Verhaltenskodex für Rohstoffe gestellt. Das heißt für die Rohstoffökonomie: Wenn so viel Reichtum da ist wie in Nigeria, warum wird er dann so katastrophal verschleudert? Aber bei den Verhaltenskodizes kommt man ziemlich schnell an Grenzen. Wer überwacht? Wie kann man es überhaupt überwachen? Meine Hoffnung ist, dass man zumindest erst einmal bei den westlichen Verbündeten das Allerwichtigste zuerst macht, nämlich, dass man ein gemeinsames Interesse an einer besseren Entwicklung in Afrika hat, dass man sich nicht nur auf die Details von Überwachung beschränkt, sondern politisch darauf, eine Afrika-Strategie zu formulieren, die zu spürbaren Effekten führt.

Und dann habe ich das Problem der neuen Player wie z.B. der Chinesen. Da muss ich einen Ansatz wählen, China ins Boot zu holen. Wir versuchen das gerade, und zwar nicht konfrontativ, weil es auch in China selbst erhebliche Diskussionen um diesen Stil gibt, der langfristig scheitern muss. Wir wollen dahin kommen, dass die Chinesen selbst sehen, dass da etwas nicht stimmt. Vielleicht versuchen wir es mit Dreieckskooperationen, um Entwicklungspolitik einmal anders zu machen und trotzdem für alle eine Win-Win-Situation zu haben.

Wenn es um die weitere Strategie geht, ist der NEPAD-Prozess ganz entscheidend. Aber das ist nicht automatisch so. Am Anfang war mir dieser NEPAD-Prozess suspekt, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich dachte, wieder ein neuer Trick, um Geld zu bekommen. Aber dann habe ich Ghana besucht. Und bei Reisen übers Land habe ich festgestellt, dass das ein Prozess ist, der wirklich unten ankommt. Da stehen die Leute aus den Dörfern auf und sagen, das passt mir nicht, ihr habt uns doch gesagt, ihr macht es so und so. Ich habe festgestellt, dass es wirklich ein lebendiges demokratisches Spiel unter Afrikanern ist. Ich habe in Ghana auch gesehen, dass der ökonomische Aufschwung nicht so sehr von außen getrieben

ist, sondern dass er wirklich etwas ist, was aus dem Land selber kommt. Das und vieles andere mehr hat mich davon überzeugt, dass NEPAD ein Erfolg versprechender Ansatz ist, wenn es dabei bleibt, dass die Afrikaner nachdenken und die Afrikaner mit Lösungsvorschlägen kommen und sich nicht vor diesen Lösungen drücken, wie in Simbabwe und Dafur. Sie dürfen nicht der Frage ausweichen, wie sie sich selbst am besten in einer afrikanischen Form von governance organisieren, national und regional.

Mit meinem letzten Punkt bin ich bei den Kirchen. Ich glaube, dass für die politische Zukunft Afrikas eine funktionierende Zivilgesellschaft mit kritisch-konstruktiven Menschen ganz wesentlich ist. Als Kontrollmechanismus, als bewegender Faktor, wo Menschen lernen, sich aufzurichten, Orientierung zu finden. Das halte ich für essenziell, damit eine afrikanische Demokratie wirklich von unten her entsteht und sich auch bei Schwierigkeiten behaupten kann.

3. Von Heiligendamm nach Lissabon – Stationen eines Weges in 2007

Gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern war die GKKE ausdrücklich daran interessiert, die Beratungen in Heiligendamm in die Kontinuität bisheriger Überlegungen und Beschlüsse zu stellen. Das Einhalten früherer Zusagen und die Überprüfung notwendiger nächster Schritte, um den Prozess afrikanischer Reformen weiter zu befördern, sollten aus Sicht der GKKE die Eckpunkte der Beratungen markieren. Zugleich war aber auch klar, dass weiterer Handlungsdruck besteht, wenn man an die Schwierigkeiten denkt, denen sich Afrika beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele gegenüber sieht.

Nach dem Gipfel lässt sich unschwer erkennen, dass die hohen Erwartungen in Heiligendamm nur teilweise erfüllt worden sind. Afrika hat im Kontext des Gipfels eine wichtige Rolle gespielt. Mehr denn je fand Afrika Eingang in die Berichterstattung der Medien. Der Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft gewann im Vorfeld des Gipfels an Intensität; spezielle Treffen zu den Themen des Gipfels und damit auch zu Afrika wurden anberaumt. Beim Gipfel selbst hat es erneut eine Begegnung mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs gegeben, die zum Gespräch, wenn auch unter starken zeitlichen Restriktionen, geladen waren.

Die Gipfelerklärung von Heiligendamm signalisiert fortdauerndes Engagement der G8 für Afrika. Unter dem Titel „Wachstum und Verantwortung in Afrika“ macht sie detailliertere Ausführungen zu den vier komplexen Stärkung der guten Regierungsführung und der institutionellen Kapazitäten, Förderung von Investitionen und nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Förderung von Frieden und Sicherheit sowie Verbesserung von Gesundheitssystemen und Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Das Dokument betont die Kontinuität der Befassung der G8 mit Afrika und unterstreicht die weitere Gültigkeit der vor allem in Gleneagles eingegangenen Verpflichtungen. Es verzichtet jedoch darauf, eine Zwischenbilanz zu ziehen und eine Standortbestimmung der Kooperation vorzunehmen. Insofern enthält die Erklärung keine konkretisierende

Planung für die weitere Zusammenarbeit, sondern hat – erneut – den Charakter eines politischen Perspektivpapiers.

Eingangs würdigt die Gipfelerklärung die „entscheidende Rolle afrikanischer Führung im Reformprozess“ und unterstreicht noch einmal das „starke Interesse an einem stabilen, demokratischen und prosperierenden Afrika“. Im Abschnitt zur guten Regierungsführung werden die mit NEPAD verbundenen innerafrikanischen Initiativen unter dem Dach der Afrikanischen Union herausgestellt und in ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung unterstrichen. Sehr weit zieht die Erklärung die Definition für gute Regierungsführung, wenn sie Anerkennung verspricht für „gute Regierungsführung in all ihren Dimensionen (politisch, wirtschaftlich, sozial, kulturell und ökologisch) und auf allen Ebenen (von der lokalen bis zur globalen)“. Damit wird der Akzent deutlich auf die inhaltlich-materielle Politikausgestaltung gelegt, während sich das Dokument hier und auch in weiteren Passagen über institutionelle Fragen guter Regierungsführung ausschweigt. Dass „gute Regierung“ verbunden ist mit „guter Verfassung“, also Grundfragen der Ordnung des Gemeinwesens berührt, wird nicht auch nur angedeutet. Sicherlich kann eine detaillierte Entfaltung dieses Komplexes nicht in einem Papier erwartet werden, das auf zwischenstaatlichen Konsultationen beruht und auf die Kooperation von Regierungen zielt. Aber die Ansprache dieser Dimension erscheint unverzichtbar. Angesichts der begrenzten Rolle, die Parlamenten in afrikanischen Ländern weithin zugebilligt wird oder angesichts der restriktiven Gestaltung des Föderalismus, die oft zu beobachten ist, gibt es erheblichen Bedarf an der konstitutionellen Verankerung demokratischer Prinzipien der Gewaltenteilung oder eines Systems von checks and balances.

In ihrem Dialog mit den Kirchen in Nigeria ist die GKKE wiederholt auf solche Kerndefizite hingewiesen worden, die verantwortliches Regieren, demokratische Teilhabe und auch friedliche Konfliktaustragung behindern. Auch in den Beiträgen der afrikanischen Konferenzteilnehmer fehlt es nicht an deutlichen Hinweisen auf diese essentielle Dimension von good governance. Immerhin ermutigt die Erklärung von Heiligendamm dazu, dass sich mehr Staaten auf den African Peer Review Mechanism (APRM) einlassen und seine Ergebnisse für die Umsetzung notwendiger Reformen nutzen. Die G8 versprechen, „Länder aktiv zu unterstützen, die sich um eine gerechte Regierungsführung bemühen, die in ihr Volk investieren,

offene und demokratische Debatten über die Prioritäten der Politik befürworten und ein Umfeld wirtschaftlicher Möglichkeiten schaffen“. Aber auch damit bleibt die diesen Ländern in Aussicht gestellte vertiefte Partnerschaft erneut vage. Dieses Konzept harret weiterhin seiner inhaltlichen Entfaltung.

Auch im Bereich Frieden und Sicherheit bleiben die Ausführungen der Gipfelerklärung eher verhalten. Eine Brücke vom Erfordernis guter Regierungsführung zur Verhütung gewaltsamer Konflikte wird im Hinblick auf fragile Staaten geschlagen. Dabei wird ein umfassender Ansatz favorisiert, der sich der Enge militärischer Lösungen versagt und auf die Zusammenschau von Konfliktverhütung, guter Regierungsführung sowie den Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen verweist. Ausdrücklich bekennt sich die Erklärung zur weiteren Unterstützung Afrikas beim Aufbau einer eigenen Sicherheitsarchitektur. Im Vordergrund steht hier die Weiterführung des Dialogs mit der Afrikanischen Union, um deren Bedürfnissen bei Infrastruktur, Ausstattung und Personalverstärkung nachzukommen. Speziell im Hinblick auf den Aufbau einer afrikanischen Eingreiftruppe (ASF) wird die notwendige Rolle der zivilen Komponente hervorgehoben, wenn es heißt: „Die G8 setzen sich dafür ein, die zivilen – darunter auch die polizeilichen – Fähigkeiten der ASF zu stärken. Es ist wichtig, dass die beiden Stränge der ASF, der bereits bestehende militärische und der noch zu schaffende zivile, so eng wie möglich miteinander verknüpft werden.“ So richtig diese Bekundung auch ist, so fehlt es doch offenkundig an der Bereitschaft, zivile Kräfte auch jenseits ihrer Einbeziehung in gemeinsame Vorhaben unter dem Dach der AU in ihrer eigenen Gestaltungsfähigkeit anzuerkennen und sich für eine Stärkung dieses Potentials einzusetzen. Genau das wäre jedoch aus Sicht der GKKE und ihrer Partner lohnend, entzündeten sich doch die meisten innerstaatlichen Konflikte an der Auseinandersetzung um Territorien und mit ihnen verbundenen Ressourcen, Konflikte, die nicht dauerhaft militärisch lösbar sind, sondern Mechanismen des politischen und sozialen Ausgleichs verlangen. Insofern verlangt eine nachhaltige Konfliktprävention nach einem eigenständigen zivilen Agieren.

Insgesamt hat Heiligendamm eher allgemeine Zuordnungen vorgenommen als konkrete Beschlüsse gefasst. Dazu wäre es auch notwendig gewesen, eine ehrliche Zwischenbilanz des bisher Erreichten zu ziehen.

Das ist leider unterblieben. So wird es jetzt darum gehen müssen, auf der Basis der generellen Aussagen die Unterstützung für Afrika in einem breiten Feld partnerschaftlicher Beziehungen konkret zu gestalten. Im Hinblick darauf verdient die Aussage von Ministerin Wieczorek-Zeul bei der GKKE-Konferenz Aufmerksamkeit, dass die G8-Gipfel als Elemente in einem fortdauernden Prozess gesehen werden sollten. Ihre Hinweise auf die tatsächliche Entschuldung hochverschuldeter armer Länder nach der grundsätzlichen Vereinbarung auf dem Kölner Gipfel von 1999 oder der Einrichtung und Ausstattung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria im Anschluss an den entsprechenden Gipfelbeschluss sind wichtige Beispiele für diese Sichtweise.

Im Gefolge des Gipfels von Heiligendamm sind inzwischen einige Ereignisse und Entwicklungen zu verzeichnen, die den dort aufgezeigten Linien der Kooperation folgen. Beredtes Beispiel dafür ist die Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Afrika im Oktober und insbesondere ihre Rede, die sie in Addis Abeba vor der Afrikanischen Union gehalten hat. Die Rede bekräftigt mit ihrer unumwunden erklärten Bereitschaft zur weiteren Stärkung der Afrikanischen Union und der NEPAD-Initiative das fortdauernde Engagement der G8 für die weitere Befestigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Afrika. Auch die Konferenz zur Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria im September in Berlin brachte ein Ergebnis, das den Absichtserklärungen von Heiligendamm gerecht wird. Schließlich ist auch die für 2008 auf den Weg gebrachte Steigerung des Entwicklungsetats im Bundeshaushalt Ausdruck des Bemühens der Bundesregierung, getroffene Zusagen einzuhalten.

Was die Vertiefung der Kooperation der G8 mit Afrika insgesamt angeht, kommt sicherlich dem Africa Partnership Forum (APF) ein besonderer Rang zu. Neben den G8 gehören ihm weitere OECD-Staaten an, doch liegt einer der vier Co-Vorsitze immer auch beim jeweiligen G8-Vorsitz, was spezifische Chancen der Verknüpfung eröffnet. So nutzte der deutsche G8-Vorsitz im Vorfeld von Heiligendamm die Chance, das bisher auf die Teilnahme von Regierungen begrenzte Gremium für eine zivilgesellschaftliche Beteiligung zu öffnen. Die GKKE war im Mai in Berlin Gastgeberin eines Treffens zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Afrika und aus OECD-Ländern, das in einen Austausch mit den vier Co-

Vorsitzenden des APF mündete und Erzbischof Ndungane aus Kapstadt als Vertreter der Zivilgesellschaft die Gelegenheit gab, beim Africa Partnership Forum die aus diesem Austausch resultierenden Überlegungen und Empfehlungen vorzustellen. Wenn diese Praxis zur Regel wird, ist das aus Sicht der GKKE ein erheblicher Zugewinn, um das APF als Dialogforum zur Identifizierung von Handlungsfeldern und als Raum für gegenseitige Rechenschaftslegung zu stärken.

Vor dem Hintergrund der deutschen EU-Präsidentschaft, die im Hinblick auf die Gestaltung der Beziehungen zu Afrika im Jahr 2007 und folgerichtig bei der GKKE-Konferenz ebenfalls eine Rolle spielte, stellt der EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 in Lissabon eine weitere wichtige Station in dem fortdauernden Prozess dar. Er wird, wenn er Einvernehmen über eine neue EU-Afrika-Strategie anstrebt, diese als eine Vertiefung der Kooperation in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und gute Regierungsführung, Regionale Integration und Handel sowie bei zentralen Entwicklungsfragen anlegen.

Im Hinblick auf zwei dieser Bereiche – Frieden und Sicherheit sowie Menschenrechte und gute Regierungsführung – hat die Konferenz der GKKE zentrale Sichtweisen afrikanischer und deutscher Kirchen zum Ausdruck gebracht. Sie plädieren insgesamt dafür, afrikanische Vorstellungen und Handlungsansätze, wie sie in der Initiative für eine New Partnership for Africa's Development (NEPAD) ihren Ausdruck finden, als Leitgröße künftiger Kooperation zu respektieren. Es wird darauf ankommen, sowohl bei der konkreten Zusammenarbeit in den jeweiligen Politikfeldern als auch bei der Entwicklung institutioneller Rahmenbedingungen die eigene Verantwortung Afrikas für seine Zukunft zu befördern.

Schriftenreihe
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt
Positionspapier der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung
(GKKE) u. des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller (VFA).
Unveränderte Neuauflage 1999.
GKKE 23 48 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-27-7

Supply of Pharmaceuticals in the Third World
Position paper of the Joint Conference Church and Development
(GKKE) and the German Association of Researched-Based
Pharmaceutical Companies (VFA).
Unrevised reprint first published in 1992. 2002.
GKKE 23e 48 pages € 1,50 ISBN 978-3-932535-54-3

Rüstungsexportbericht 2000 der GKKE
Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. 2000.
GKKE 27 66 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-48-2

Rüstungsexportbericht 2001 der GKKE
Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. 2002.
GKKE 28 70 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-57-4

Halbierung der extremen Armut
GKKE-Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramm
2015 der Bundesregierung. 2002
GKKE 30 36 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-60-4

Afrika in der Weltgemeinschaft
Stellungnahme zum Weltwirtschaftsgipfel 2002 in
Kananaskis/Kanada. 2002 (deutsch/englisch)
GKKE 31 48 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-63-5

Halbierung der extremen Armut
Zweiter GKKE-Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramm
2015 der Bundesregierung. 2003
GKKE 33 67 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-70-3

Halbierung der extremen Armut
Der Beitrag des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung
zu den Millenniumszielen. Dritter GKKE-Bericht. 2004
GKKE 35 80 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-77-2

Rüstungsexportbericht 2004 der GKKE
Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. 2005.
GKKE 36 80 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-83-3

Schriftenreihe
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Millenniumsziele auf dem Prüfstand

Vierter GKKE-Bericht zur Halbierung der extremen Armut. 2005.

GKKE 37 68 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-87-1

Rüstungsexportbericht 2005 der GKKE

Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. 2005.

GKKE 38 110 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-90-1

Große Pläne – kleine Schritte

Fünfter GKKE-Bericht zur kohärenten Armutsbekämpfung
in der deutschen Entwicklungspolitik. 2006.

GKKE 39 49 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-91-8

Die Bekämpfung tropischer Armutskrankheiten

Herausgegeben von der GKKE und dem Verband Forschender
Arzneimittelhersteller (VFA). 2006

GKKE 40 88 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-96-3

The fight against tropical poverty-related diseases

Published by the GKKE and the German Association of Research-based Pharma-
ceutical Companies (VFA). 2007

GKKE 40e 82 pages € 1.50 ISBN 978-3-940137-04-3

Rüstungsexportbericht 2006 der GKKE

Vorgelegt von der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte. 2007.

GKKE 41 115 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-932535-97-0

Halbzeit für die Millenniumsziele

Sechster GKKE-Bericht zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen
Entwicklungspolitik. 2007.

GKKE 42 56 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-940137-05-0

Reformpartnerschaft mit Afrika

Dokumentation zur Internationalen Konferenz der GKKE
vor dem G8-Gipfel 2007. 2007.

GKKE 43 63 Seiten € 1,50 ISBN 978-3-940137-06-7

Bestellungen erbeten an:

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Evangelische Geschäftsstelle
Charlottenstr. 53/54, D-10117 Berlin
Tel: 030 – 20355-307, Fax: -250
E-mail: J.Hambrink@GKKE.org

Katholische Geschäftsstelle
Kaiserstr. 161, D-53113 Bonn
Tel: 0228 – 103 217, Fax: -318
E-Mail: Justitita-et-Pax@dbk.de